

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingezeichnet in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. B. r. e. n. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Der Weg aus der Wirtschaftskrise.

Viele Wege führen nach Rom, sagt ein altes Sprichwort. Viele Wege werden auch als die allein richtigen bezeichnet, die das furchtbar leidende deutsche Volk aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herausführen können. Die drei wichtigsten und meistgenannten sind Arbeitszeitverkürzung, Lohn- und Preisabbau. Diese drei Mittel werden auch am leidenschaftlichsten umstritten. Selten ist in den großen Tageszeitungen soviel über diese Probleme diskutiert worden wie in den letzten Monaten. Das ist verständlich, denn noch nie haben die Wirtschaftsfragen, an deren Lösung diese drei Probleme Hauptfaktoren sind, dem deutschen Volk so auf den Nägeln gebrannt wie jetzt. Ein Ausweg aus dem furchterlichen Zustande, der uns so viele Leiden und Opfer bringt, muß aber gefunden werden. Sonst ist eine Katastrophe unausweichlich, die Deutschland in politisches und wirtschaftliches Chaos stürzen und auf lange Zeit aus der ersten Reihe der Kulturvölker streichen würde.

Die Gewerkschaften sehen in einer rückwärtslosen Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem oder gar erhöhtem Lohn eins der wirksamsten Mittel, um die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Sie erheben diese Forderung mit Recht. Ganz abgesehen davon, daß diese Forderungen seit Jahrzehnten in den Programmen der Gewerkschaften verankert sind, läßt es sich nicht leugnen, daß durch eine Verkürzung der Arbeitszeit für ungezählte Arbeitslose neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Die technische und wirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt eine verkürzte Arbeitszeit nicht nur, sie fordert sie sogar. Es liegt allerdings die Gefahr vor, daß in vielen Betrieben durch verschärfte Antreiberei und durch neue raffinierte Arbeits- und Entlohnungssysteme aus den Arbeitern bei verkürzter Arbeitszeit bald wieder die gleiche Leistung herausgeschunden wird, wenigstens werden die Unternehmer das vielfach versuchen. Hier müssen die Gewerkschaften sehr auf der Hut sein, daß nicht auf diese Weise ein indirekter Lohnabbau — gleiche Arbeitsleistung bei verkürztem Arbeitstag — eintritt, und die ursprüngliche Absicht, neue Arbeitsplätze frei zu machen, wieder illusorisch gemacht wird. Diese Befürchtung wird auch schon in vielen Veröffentlichungen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen laut. Die Gewerkschaften müssen einer derartigen Vereitelung der guten Absicht bei der Verkürzung der Arbeitszeit ganz energisch entgegenwirken.

Zweifellos ist die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Sicherung des Lohnes geeignet, eine erhebliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Selbst wenn man zugeben muß, daß sehr viele Betriebe jetzt schon weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten, ist die Zahl der vollarbeitenden Betriebe (d. h. 48 und noch mehr Stunden) und Arbeitnehmer noch so groß, daß eine Freimachung von Arbeitsplätzen durch eine genügende Verkürzung der Arbeitszeit doch den Arbeitsmarkt stark entlasten würde. Die Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden pro Woche würde bei einer Million Vollarbeiter acht Millionen Arbeitsstunden freimachen, die von 200 000 Erwerbslosen aufgenommen werden könnten.

Das ist die Stellung der Gewerkschaften zu der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Die Ansicht der Unternehmer ist natürlich eine ganz entgegengesetzte. Sie sehen alles Heil nicht in einer Herabsetzung der Arbeitszeit, sondern im Lohnabbau, der mindestens 10 bis 15 Prozent betragen soll. Sie haben in vielen Industrien auch schon den Weg dazu beschritten und Forderungen auf Senkung der Löhne an die Gewerkschaften eingereicht. Wo es ging, haben sie es auch ohne die Gewerkschaften gemacht. Das wäre den Unternehmern natürlich der liebste Weg, wenn sie einer Arbeitererschaft, die ohne jeden Rückhalt starker Organisationen wäre, einfach ihren Willen aufzwingen könnten. Aber so leicht geht es glücklicherweise nicht. Und darum sind die Unternehmer heilfroh, daß ihnen die reaktionärste aller Regierungen seit der Revolution jetzt so hilfreich zur Seite stehen wird. Es ist durchaus möglich, daß mit dem Abbau der Beamteneinkünfte — hier heißen den Leuten, d. h. den unteren Beamten, die Hunde wiederum am schmerzlichsten in die Waden — ein moralischer Zwang ausgeübt werden soll, der sich bei den Schlichtungsbehörden in für die Unternehmer günstigem Sinne äußern muß. Auch hier haben die Gewerkschaften allen Grund, die weitere Entwicklung der Dinge wachsam zu verfolgen, um im gegebenen Augenblick erfolgreich für die Interessen der Arbeiterschaft einspringen zu können.

Diese Art von Preisabbau, Senkung der Löhne, wollen die Unternehmer gern und freudig durchführen, in dieser Weise wollen sie eifrig mitarbeiten, um die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen. Nur von dem anderen Preisabbau wollen sie nicht gern etwas hören, nicht von dem Abbau der Gehälter der höheren und leitenden Angestellten in der Industrie, den Bezügen der Direktoren, den Tantiemen der Aufsichtsräte usw. und nicht von einer Senkung der Warenpreise. Wenn wirklich in einigen Industrien eine

geringe Senkung der Preise eintrat, dann handelte es sich meist um Rohstoffe, deren Preise den Verbraucher von Konsumgütern nicht so unmittelbar angehen. Bis sich aber eine Senkung der Eisen-, der Gummipreise auf die Kleinverkaufspreise für Lebensmittel und lebenswichtige Artikel, Textilien usw. auswirkt, vergeht noch sehr lange Zeit, und daher ist das augenblickliche Interesse der Verbraucher an einer Senkung der Preise für die Rohstoffe der Schwerindustrie sehr gering. Auf die Lebenshaltungskosten kommt es aber doch an, wenn man die Löhne und Preise senken will. Und von einer Verbilligung der Lebenshaltung spürt man noch nichts, wird man vorläufig auch wohl noch nichts fühlen. Dabei wäre eine solche Verbilligung durchaus möglich, hat doch erst kürzlich eine führende Handelszeitung eine Statistik über die Preise für Markenartikel veröffentlicht. Aus diesen Mitteilungen ging hervor, daß sich die Verkaufspreise für Markenartikel in den allermeisten Fällen so zusammensetzen, daß ein Drittel des Verkaufspreises Selbstkosten, zwei Drittel aber Zwischengewinne sind, die der Verbraucher mitbezahlen muß, und oft noch viel mehr.

Immer neue Belastungen

des werktätigen Volkes erstrebt die Regierung der Besitzenden. Immer neue Opfer werden von den arbeitenden Klassen verlangt, um den Staat zu sanieren und die Wirtschaft zu retten. Das Volk soll entbehren und darben, damit der Wirtschaft Kapital zugeführt und der Finanznot des Reiches gesteuert werden kann. Inzwischen verschoben die nationalgesinnten Unternehmer weiter ungeheure Kapitalien ins Ausland. Kapitalisten brauchen keine Sozialpolitik, darum sollen auch der Arbeiterschaft die sozialen Sicherungen gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit, gegen Invalidität und die Not des Alters eingeschränkt und womöglich ganz abgebaut werden. Gegen Lohnabbau und Sozialreaktion, gegen die weitere Verelendung des arbeitenden Volkes kämpfen die freien Gewerkschaften. Stärke sie, Stärke deinen Verband!

Die Schwierigkeiten, in denen sich die Wirtschaft befindet, sind riesengroß. Niemand weiß besser als die Gewerkschaften, daß sie nicht zu überwinden sind ohne allseitige Opfer. Aber das ist es ja eben, auf dem Worte „allseitige“ liegt der Ton. Wogegen wir uns mit aller Schärfe wenden, das ist, daß alle Opfer von der Arbeiterklasse verlangt, daß ihr alle Lasten aufgebürdet werden, daß sie weiter in Dürftigkeit und Entbehrung leben soll, während die Besitzenden alles, aber auch alles von sich abwälzen wollen. Es handelt sich um eine gerechte Verteilung der Lasten, um die gerechte Verteilung der Opfer, die zur Überwindung der furchtbaren Not gebracht werden müssen. Die Arbeiterschaft hat nicht den geringsten Grund, den Löwenanteil der Lasten auf sich zu nehmen, um den Karren aus dem Sumpf zu ziehen, in den ihn eine unfähige Wirtschaftsführung und eine sinnlose Wirtschaftspolitik gestoßen haben. „Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu hantieren vermag, die er heraufbeschwor.“ Mehr als je trifft dieses Marzwort auf die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu. Diese Wirtschaftsform ist reif, von einer sozialen, gerechten Ordnung abgelöst zu werden. Bevor aber dieses ferne Ziel erreicht ist, werden die Gewerkschaften mit aller Energie die Interessen der Arbeiterschaft schützen, werden sie alles anbieten müssen, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft unter Glendlasten seufzend den Dornenweg aus der Wirtschaftskrise sucht, in dessen die Besitzenden und „führenden“ Klassen frei und ledig nebenher gehen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur politischen und wirtschaftlichen Lage.

Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstages beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung am 3. Oktober mit den drängenden politischen und wirtschaftlichen Problemen. Nach mehrstündiger Beratung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu der politischen und wirtschaftlichen Lage und die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie dargelegt sind. Die wichtigsten Sätze der Entschließung lauten:
„Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben.“

Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern nur durch Arbeitsbeschaffung. Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen.

Die politische Unsicherheit birgt die Gefahr ernstester politischer Verwicklungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und hindert den Zustrom ausländischen Kapitals. Sie verschärft die Wirtschaftskrise. Nur die Sicherung eines streng verfassungsmäßigen Regierens ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Milderung des wirtschaftlichen Niedergangs.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parlamentarischen Grundlage und für die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben eintreten.

Die Sozialdemokratie hält an den Grundsätzen der bisherigen Außenpolitik fest, die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Herabsetzung der Reparationslasten geführt hat. Sie lehnt alle außen- und handelspolitischen Experimente ab, die die wirtschaftlichen Beziehungen stören und zu einer neuen akuten Verschärfung der Krise führen würden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Befestigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern

und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

Ein Unternehmer für Verkürzung der Arbeitszeit.

In der Unternehmerzeitschrift „N. B. C. der Schuhfabrikation“ erschien kürzlich unter der Überschrift „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen“ von einem Schuhfabrikanten der folgende Artikel:

„Die bisher im „N. B. C.“ gebrachten Notizen bezüglich der Arbeitslosigkeit beschränken sich auf die Angabe der Arbeitslosenzahl sowie der erforderlichen Summen für die Unterstufung. Das mag zur Orientierung über die Lage des Arbeitsmarktes genügen, wenn man die Arbeitslosigkeit lediglich als eine Begleiterscheinung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hinnimmt, ohne ihren Ursachen nachzugehen und Mittel und Wege zu suchen, um, wenn auch nicht zur völligen Überwindung, so doch zu einer fühlbaren Herabminderung dieser überaus traurigen Erscheinung zu gelangen.“

Will man einen Uebelstand bekämpfen, so muß man sich über dessen Ursachen Klarheit verschaffen. Das ist bezüglich der Arbeitslosigkeit um so notwendiger, als bereits gewisse Kreise, die sicher sind, nicht selbst unter den Folgen der Arbeitslosigkeit leiden zu müssen, sich nicht scheuen, von berufsmäßigen Arbeitslosen zu sprechen und die Behauptung aufzustellen, daß, wer arbeiten wolle, auch Arbeit finden könne.

Gewiß mag es unter den Arbeitslosen Elemente geben, die der Arbeit keinen Geschmack abgewinnen können, aber welcher Stand wäre wohl nicht durchsetzt von solchen Elementen? — Es ist deshalb mehr als beschämend, wenn man in Anbetracht der Tatsache, daß die Arbeitsämter etwa drei Millionen arbeitssuchenden Arbeitern und Angestellten keine Beschäftigung nachweisen können, die Forderung nach Herabsetzung der Unterstufungssätze mit dem Hinweis zu begründen sich erlaubt, daß die jetzigen Unterstufungen geeignet seien, die Arbeitsmoral zu gefährden.

Was sind nun die eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit? — Ist es wirklich Anlaß der Arbeitslosen zur Arbeit, oder liegen sie auf anderem Gebiete?

Vor dem Kriege konnte man eine Arbeitslosigkeit des Umfanges wie gegenwärtig nicht. Deshalb muß es sich wohl um eine Erscheinung handeln, die als Folge des Krieges anzusprechen ist. Das ist sie auch, aber nur zu einem gewissen Teil, und zwar insofern, als Länder, die vor dem Kriege ihren Bedarf an Industrieprodukten importierten, sich heute selbst industriell betätigen und aus Abnehmern zu Konkurrenten der alten Industrieländer geworden sind. Aber das ist nur eine und bei weitem nicht die wichtigste Ursache der Arbeitslosigkeit.

Als weitere Ursache wird Kapitalmangel genannt. Es soll nicht bestritten werden, daß durch den verlorenen Krieg die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk im allgemeinen sehr stark durch Steuern und sonstige Abgaben in Mitleidenchaft gezogen werden. Auch sind die zahlreichen Zahlungseinstellungen zum Teil auf Mangel an genügendem Betriebskapital zurückzuführen. Aber auch andere Länder, die sicher

keinen Kapitalmangel haben, wie Amerika und England, haben ebenfalls Arbeitslosenarmeen. Schließlich kann es auch mit dem Kapitalmangel in Deutschland überhaupt nicht so schlimm gestellt sein, denn die sehr bedeutende Überzeichnung der Reparationsanleihe hat das gezeigt.

Mit Schein, daß man beim Suchen nach der Grundursache der Arbeitslosigkeit nicht in die Ferne zu schweifen braucht. Gehen wir in die Betriebe und stellen wir Vergleiche an mit den Einzelleistungen der Vorkriegszeit und der Gegenwart. Wir werden dann finden, daß die Rationalisierung der Produktion die Steigerung der Leistungen der einzelnen Arbeiter bis auf das Dreifache im Gefolge hat. Die Maschinen- sowie die Betriebstechnik haben nach Kriegsende ungeahnte Fortschritte gemacht. Hier haben wir die tiefere Ursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zu suchen. Die Industrie ist heute mit Hilfe ihrer modernen Einrichtung in der Lage, mit weniger Arbeitern und kürzerer Arbeitszeit größere Warenmengen zu erzeugen als mit den größeren Belegschaften und rüchständigeren Arbeitsmethoden vor dem Kriege. Die Anpassung an die zur Zeit gegebenen Produktionsmethoden ist für den einzelnen Unternehmer ein Gebot der Selbsterhaltung. Arbeitet er in der altgewohnten Weise weiter, so wird er von der überlegenen Konkurrenz ausgeschaltet.

Wir haben es hier mit einer zwangsläufigen Entwicklung zu tun, gegen die der einzelne nicht anzukämpfen vermag. Nun hat aber diese Entwicklung dazu geführt, daß die Nachfrage nach Waren weit hinter dem Angebot zurückbleiben würde, wenn alle verfügbaren Arbeitskräfte in der Produktion tätig wären. Schon gegenwärtig, wo rund drei Millionen Arbeitslose gezählt werden, sind die Betriebe nicht voll beschäftigt. Ein annäherndes Gleichgewicht in Angebot und Nachfrage besteht heute nicht. Es besteht schon darum nicht, nicht weil die vorhandenen Bedürfnisse voll befriedigt werden, sondern vielmehr deshalb, weil Millionen von Konsumenten die nötige Kaufkraft fehlt, um auch nur annähernd normal konsumieren zu können.

Das ist die Zwickmühle, in der sich heute die Wirtschaft befindet, aus der herauszukommen Vorschläge gemacht werden, die an Nativität nicht zu übertreffen sind oder aber als Deckmantel privater Spekulation dienen, denn anders kann man den Vorschlag: „Lohn- und Gehaltskürzung und Preiskürzung“ nicht deuten.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir heute über sehr leistungsfähige Maschinen und sonstige technische Einrichtungen verfügen, die es ermöglichen, in weit kürzerer Zeit als früher die vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen, und man sieht die praktische Auswirkung, so ist die Frage wohl berechtigt: „Wie soll es werden, wenn die Technik in dieser Richtung weiter arbeitet und Maschinen schafft, die noch leistungsfähiger sind als die jetzigen?“

Soll dann die Zahl der Arbeitslosen noch weiter steigen, sollen dann noch mehr „überflüssige“ Arbeitskräfte stillgelegt werden, und soll noch mehr Sturm gegen die Arbeitslosenunterstützung gelaufen werden? Oder ist es nicht jetzt schon an der Zeit, einen Ausgleich zu schaffen, indem man durch Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit herabmündert und somit den Arbeitslosen und ihren Familien ermöglicht, normal zu konsumieren, also die Nachfrage mehr als jetzt in ein günstigeres Verhältnis zum Angebot zu bringen? Daß eine solche Reorientierung unseres Wirtschaftsbetriebes nicht national durchgeführt werden kann, ist bei der Verflochtenheit aller Volkswirtschaften selbstverständlich. Es hat aber keinen Zweck, die Augen vor einer dringenden Notwendigkeit zu verschließen, sondern es muß gehandelt werden. Nicht nur bei uns wirken sich die Fortschritte der Technik aus, sondern auch in anderen Ländern. Nicht nur bei uns gibt es Arbeitslose, sondern in allen Kulturstaaten, und überall versucht man, die Arbeitslosigkeit herabzumündern. Aber nicht immer mit den rechten Mitteln. Ist die Produktivität der Arbeitskräfte durch verbesserte technische Hilfsmittel in einem Grade gesteigert wie gegenwärtig, so ist es volkswirtschaftlich entschieden vernünftiger, die Arbeitszeit so weit herabzusetzen, daß ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erzielt wird, als Millionen von Arbeitslosen zu unterstützen, was ungeheure Geldopfer erfordert und trotzdem diesen von der Produktion ausgeschlossenen Menschen zu keiner normalen Konsumtion zu verhelfen vermag. Man sollte annehmen,

daß in den letzten Jahren genügend Effortismus auf volkswirtschaftlichem Gebiet getrieben worden ist, und daß es endlich an der Zeit sei, mit wirklich praktischen Maßnahmen dem Ubel zu steuern.“

Die Zahl der so klar denkenden Unternehmer ist bei uns noch sehr gering. Das volkswirtschaftliche Denken der großen Mehrzahl ist vom Urgroßwäter übernommen und dreht sich um das Wort: Lohnabbau. Mit diesem Motto scheint der Kapitalismus auch sterben zu wollen.

Regierung Brüning für Schaffung von Arbeits - - - losigkeit.

Das Finanzprogramm der Brüning-Regierung verfolgt den Zweck, die Reichsfinanzen zu sanieren. Damit sie in Ordnung kommen, bedarf es der Erleichterung der Arbeitslosigkeit. Deshalb muß das Finanzprogramm vor allem unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, was es für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leistet. Da zeigt sich bald das völlige Versagen dieses Programms.

Lohn- und Arbeitszeitfrage gehören zwar nicht in ein Finanzprogramm, obwohl beide für die Arbeitslosigkeit von großer Bedeutung sind. Das Programm schweigt von der Arbeitszeitfrage, gibt aber in seiner Einleitung der Meinung Ausdruck, die Löhne seien überhöht und seien, da sie der Preisenkung im Wege stehen, zur das Anfeigen der Arbeitslosigkeit verantwortlich. Von der Rolle der Kartelle und anderer Monopole, der Zölle und der überhöhten Handelsgewinne, die die Preisenkung verhindern, schweigt das Finanzprogramm Brünings, das in der Lohnfrage den alten Unternehmerstandpunkt gedankenlos übernimmt, unbekümmert darum, daß das gegenwärtige Mißverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit der Produktion und Massenkaufkraft eine Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist.

Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand könnte heute, wo das private Unternehmertum in der Arbeitsbeschaffung versagte und versagen mußte, die Arbeitslosigkeit erleichtern. Dafür werden aber keine Mittel im Finanzprogramm bereitgestellt. Im Gegenteil enthält das Programm den Abbau der Wohnungsbautätigkeit. Im nächsten Jahr sollen nur 165 000 Kleinwohnungen gebaut werden, außerdem noch „bis zu“ 50 000 Wohnungen anderer Art, obwohl heute rund eine Million Wohnungen fehlen und jedes Jahr ein Zuwachs von 250 000 neuen Haushaltungen hinzukommt. Jedoch wird nicht einmal das beschränkte Wohnbauprogramm ausgeführt werden können, da das Finanzministerium für Wohnbauzwecke nur 400 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer vorzieht, während 400 Millionen Mark aus den Erträgen der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau entzogen und zur Senkung der Gewerbesteuer verwendet werden sollen. Durch dieses Verfahren wird im übrigen auch gezeigt, wie wenig ernst das Schlagwort der Förderung der Kapitalbildung gemeint ist. Im Finanzprogramm werden große Mittel der Kapitalbildung entzogen, um eine Steuerenkung durchzuführen, bei der die Steigerung der Kapitalbildung mehr als zweifelhaft ist.

Kann die Regierung keine Arbeit beschaffen, so verrät ihr Finanzprogramm die Absicht, die Opfer der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosen, preiszugeben. Die Beitragspflicht der Regierung zur Arbeitslosenunterstützung soll überhaupt aufgehoben werden. Die Ausgaben für die Krisenfürsorge sollen auf jährlich 420 Millionen Mark beschränkt werden, was bei den gegenwärtigen Sätzen etwa zur Versorgung einer halben Million Erwerbsloser in der Krisenfürsorge ausreichen würde. Trifft aber keine Arbeitszeitverkürzung ein, so dürfte die Zahl der in Krisenfürsorge stehenden Erwerbslosen, deren Kreis auch auf weitere Berufe ausgedehnt werden soll, im nächsten Jahr den Jahresdurchschnitt von einer halben Million stark übersteigen. Die Regelung der Arbeitslosenunterstützung im Finanzprogramm will die Belastung im wesentlichen auf die Gemeinden abschieben und damit einen Weg einschlagen, der in anderen Ländern als eine ungeredete und gerade die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffenen Gemeinden stark schädigende Lösung aufgegeben wurde. Im Endergebnis soll die Unterstützung der Arbeitslosen erheblich gesenkt werden. Damit wird die Massenkaufkraft weiter geschwächt, die Arbeitslosigkeit erhöht.

Das Versagen des Finanzprogramms für die Erleichterung der Arbeitslosigkeit wird in ein noch helleres Licht gerückt durch die soziale Ungerechtigkeit der einzelnen Vorschläge. Da wird neben Abbau der Erwerbslosenunterstützung der Abbau der Beamtengehälter um 6 Prozent vorgeschlagen. Dieser Abbau soll bereits kleine Gehälter von 1500 Mark betreffen und enthält keine Staffelung für die höheren Einkommen. Landwirtschaft und Kleinwerbetreibende erhalten sowohl unmittelbar als auch im Rahmen der Vereinfachung der Finanzverwaltung eine erhebliche Steuerentlastung, der Besitz in jeder Form wird gesenkt, den Unternehmern wird der Lohnabbau in Aussicht gestellt. Das sind die Hauptzüge des Finanzprogramms.

Winterarbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Syrup, begann in der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ mit der Veröffentlichung seiner Sanierungsvorschläge. Aus seiner Darstellung sollen zunächst zwei wichtige Momente festgehalten werden: einmal die Schätzung der Höhe der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten, zum anderen der gegenwärtige Stand der Bezüge der von der Reichsanstalt unterstützten Erwerbslosen. Die Schätzung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger lautet (in Tausend) für die Monate

	Oktober	November	Dezember
Arbeitslosenversicherung	1600	1700	2000
Krisenunterstützung	510	555	600
Arbeitslosenversicherung	2400	2600	2500
Krisenunterstützung	645	690	735

Es ist zu befürchten, daß in dieser Aufstellung die Zunahme der Arbeitslosen unterschätzt wurde. Die Winterzahlen wurden derart geschätzt, daß der saisonmäßige Zugang an Arbeitslosen in den Wintermonaten berücksichtigt wurde, jedoch nicht in Höhe des Vorjahres, da in den Saisonberufen die Zahl der in diesem Sommer beschäftigten Arbeitnehmer wesentlich geringer ist als in früheren Sommern. Der konjunkturellen Verschlechterung, die als Folge des Wahlergebnisses durch Kapitalflucht, Kündigung von Auslandsanleihen und Unterbleiben der Kapitaleinfuhr entstehen kann, wurde in der Aufstellung nicht Rechnung getragen. In der Krisenfürsorge rechnet Dr. Syrup mit einem monatlichen Zugang von 14 45 000. Die Zahl der Wohlfahrtsberufslosen glaubte er in derselben Höhe ansetzen zu können wie die der Krisenunterstützten, deren Zahl im August d. J. 421 000 betrug. Demgegenüber wurde auf dem Städtetag in Dresden angeführt, daß zur Zeit mindestens 650 000 Erwerbslose von der Wohlfahrtsfürsorge versorgt werden und die Zahl der Wohlfahrtsberufslosen im August allein in den Städten mit 25 000 Einwohnern 445 000 betrug.

Auffschlußreich sind die Mitteilungen vom Präsidenten der Reichsanstalt in bezug auf die Höhe der Unterstützungen. Wie erfahren zum erstenmal, daß der Abbau der Arbeitslosenversicherung, der in letzter Zeit vorgenommen wurde, eine Einschränkung der Leistungen um nicht weniger als 14 Prozent brachte! Wieviel Unterstützung der einzelne Hauptunterstützungsempfänger im Durchschnitt empfängt, können wir aus den Angaben des Präsidenten nicht feststellen. Er gibt jedoch einen aufschlußreichen Hinweis darauf. Der Gesamtaufwand der Reichsanstalt für die Erfüllung aller ihrer Obliegenheiten betrug im Jahre 1929 — umgelegt auf den Kopf des Hauptunterstützungsempfängers — 91,16 Mk. im Monat. Er sank infolge des Abbaus der Leistungen auf 80 Mk. im Monat. Die Ausgaben der Reichsanstalt sind aber mannigfaltig. Außer der Hauptunterstützung umfassen sie die Familienzuschläge, die Beiträge für die Kranken-, Invaliden-, Angestelltenversicherung der Arbeitslosen, die Leistung für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge, Kurzarbeiterunterstützung, die Ausgaben für die gesamte Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Dazu kommen die Verwaltungskosten der Versicherung, die nach dem letzten Bericht der Reichsanstalt etwa 7 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Wenn nun alle

Von Natur zu Kultur.

Eng abhängig, wie die menschliche Lebensweise, kurz, alle menschliche Tätigkeit, immer von der eigenen Menschennatur bleibt, war sie ursprünglich auch noch von der Naturlandschaft, worin menschliche Tätigkeit sich zu entfalten hatte und sich langsam auf ein gewisses höheres Niveau von geistigen und sozialen Erregungszuständen und zu einer Kultur entwickelte. Im Kampf gegen eine noch gänzlich unveränderte Naturlandschaft, die noch ganz und gar nicht einer durch die Arbeit des Menschen veredelten Kulturlandschaft von heute ähnlich sah, konnte das Tempo der Kultur nur sehr, sehr langsam sein.

Den Neanderthalmenschen mit seinen rohen Steinwerkzeugen folgte der Aurignacensis, der schon zu einer erheblichen Höhe in der Kultur gelangte, und als er zu der Mitte der letzten Eiszeit verschwand, kam die Ende dieser Zeit auf seinen Gebieten in Europa, namentlich in Südfrankreich, wieder eine neue Menschengruppe auf, und zwar die, die von einigen Forschern als der Stammvater des nordischen Germanentyps angesehen wird. Es waren Menschen sehr großer Statur, 1,80 bis 2 Meter groß, die Cro-Magnon-Rasse benannt, von der man annimmt, daß sie von Asien kam. In der Kultur liegen sie noch über den Aurignacensis hinaus. Sie wählten an den Ufern dieser Höhlen in Nordspanien und Frankreich dreifelhige Zeichnungen von einer erstaunlichen Klarheit, Tiere, Pflanzen und Jagdgeräten darstellend, die älteste bekannte dekorative Malerei in der Welt. Sie hatten reichhaltiges Arbeitswerkzeug, Messer und Schindeln aus Stein, Holz, Bein und Horn, mit großer Sorgfalt gearbeitet, oft mit künstlerischer Fähigkeit durch eingegrabene Ritzarbeiten verziert.

Dieser ausgezeichnete alte Kulturstand ist schließlich nicht erhalten worden, sondern kam in Verfall. Man nimmt zur Erklärung des Niedergangs ein Aussterben des Menschen in den alten Kulturgebieten an, und daneben glaubt man die Erklärung gefunden zu haben in einer großen Wanderbewegung nach Norden, die mit dem Zurückgehen des Inlandeises, also mit dem Ende aller bisherigen Eiszeiten, ansetzte.

durch das Schmelzen des Eises ein ungeheurer Druck auf die Erdoberfläche verübt wurde. Da begannen sich große Landgebiete im Norden aus dem Wasser emporzuheben. Viele Vorgänge, die mehrere Jahrtausende gedauert haben mögen, brachten — nach der wahrscheinlichsten Annahme — zum ersten Male den Menschen nach dem Norden.

Zuvor war natürlich die westeuropäische Pflanzen- und Tierwelt, vor allem das in der damaligen Zeit so wichtige Renntier, nach dort eingewandert. Vielleicht, daß die Menschen sich bemogen sahen, ihrem wichtigsten Wilde zu folgen. Es haben sich außer der langschädigen Rasse, für die man die Cro-Magnon-Rasse als Stammgruppe ansieht, im Norden auch Spuren einer kurzschädigen Ur rasse gefunden, deren Ursprung man in Asien oder Ost-Europa zu finden sucht.

Im Norden vollzog sich dann eine Wiedergeburt der Kultur, und ebenfalls läßt ihr Gang sich verfolgen an der Entwicklung des Arbeitswerkzeugs und der Waffen von wiederum sehr primitiven bis zu, in technischer Hinsicht, hochentwickelten Formen.

Wiederum verbrachten die Menschen dort jahrtausendlang mit harten Gerätschaften ein harges Dasein, das sie sich verbessern auf einem Weg, von dem als Stappen seines Höherstehens sich abhoben: Der Vollkommenheit des groß behauenen Steinbeils zu glattegeschliffenen steinernen Ären und Hämmer von schöner Form — für Jagd und Fischfang Pfeilspitzen und Harpunen von einer Feinheit schließlich, daß ihre Verarbeitung Hand und Auge eines Künstlers erforderte — für das Leben verzierte Longesäße, Schmal- und Kumpf — zur Bekleidung nicht nur Felle und Pelze, sondern auch ein gewebtes Gewand — als Unterkleid nicht nur ein Nichtiges in Höhlen oder einem hohlen Baum, sondern Wohnungen aus verankerten Pfählen und in Pfahlbauten an den Ufern der Gewässer — für die Loden eine Bekleidung in Dolmen und Hünergräbern, den „Pyramiden des Nordens“ — also Fortschritt vom bescheidenen Boden der Steinzeit aus, bis schließlich das Bekanntwerden von Bronze und später Eisen und ihre Verarbeitung zu noch zweckmäßigeren Werkzeugen auch das nordische Steinzeitalter beendete und noch höhere kulturelle Zeiten, die des Metallgebrauchs, begannen. Für den Norden wird als Beginn des Bronzealters die Zeit zwischen 1500 bis 1500 vor Beginn neuerer Zeitrechnung angenommen.

Als Arbeiter — als in seiner Arbeitstechnik fortschreitender Werkzeugmacher — ließ der Mensch also auf einem ungeheuren langen Weg seine zunächst noch tierhaften Zustände hinter sich. Er nahm den Weg, der hinaufführen mußte in menschliche Vorseinsvervollkommenung — ein Weg der nun auch vom Heutigen weg noch höher führt.

Bei solcher Entwicklung mußte der ursprüngliche Mensch im Kampf ums Dasein zugleich sich selbst umgestalten. Es mußte sich jene Gehirnentwicklung, die ihn geistig über seine Vorfahren, über das Tier hinaus erhob, es mußte sich ferner der aufrechte Gang und die menschliche Hand, jenes wundervolle „Werkzeug der Werkzeuge“, bei ihm herausbilden.

Der aufrechte Gang: Wir wissen nicht, wie der Mensch zu dem aufrechten Gang gekommen ist. Aber wie der heutige Mensch in seinem Gang sehr wesentlich bestimmt wird durch sein Lebens-terrain (ob Flachland, Hochgebirge, Urwald, Ozeandampfer), so kann man annehmen, daß einstmals gewaltige klimatische Umwälzungen von jahrtausendlangender Dauer zu einem Herauskommen weiter Steppen führten — zu einer langsamen völligen Veränderung des Lebensraumes. Mit dem Schwänden weiter Waldgebenden und dem Aufgeben des Kletterlebens mag sich beim Vornmenschengeschlecht die Veränderung der Wachstform und das aufrechte Gehen ergeben haben.

Die menschliche Hand: „Jedem jemand hat einmal die Kulturgeschichte des Menschen ganz kurz definiert als eine Geschichte des Menschengehirns und der Menschenhand. . . . Dieselbe Hand, die in fernerer Vorzeit den Feuerstein sich zur Art und zum Metzger zurechtzuleben und die Felswände der natürlichen Höhlen mit Urzeichnungen von Tieren verzierte, hat später die Venus von Milo geschaffen und die Sirlinische Madonna gemalt. . . .“ Und fabrizierte den Torpedo, das Luftschiff und die Gasgranate in selbstgefälliger milder Leidenschaft. Oder, wie es in Gerrit Engelkes schönem Lied von der Arbeit heißt, das auf dem Festprogramm zum 40. Verhandlungsgründungs-fest in Hannover stand:

In dir, o Mensch, ist alles:
Die moribunde Hand
Und das Künstlergehirn. . . .“

Diese Ausgaben auf den Hauptunterstützungsempfänger umgelegt monatlich durchschnittlich 80 Mk. betragen, so erhält dieser offenbar nur einen Teil von 80 Mk. im Monat. Es kann nicht festgestellt werden, wieviel für all diese Posten in Abzug gebracht werden soll. Für jeden Fall geht aus der Berechnung deutlich hervor, daß die durchschnittliche Hauptunterstützung (80 Mk. im Monat) abzüglich der Beiträge für sämtliche oben erwähnten Ausgaben der Reichsanstalt nach ihrem Abbau bereits einen Tiefstand erreichte, der eine weitere Senkung unter keinen Umständen zuläßt, sollen die Arbeitslosen nicht dem größten Elend ausgeliefert werden.

Rationalisierung erfordert Arbeitszeitverkürzung.

Der englische Professor Gregory, Vorsitzender des Vereins für nationalökonomische und statistische Wissenschaft, brachte in einem Vortrag über die Frage der Rationalisierung und deren Beziehung zur Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, daß die Rationalisierung, so unvermeidlich sie auch wegen der Konkurrenz auf dem Weltmarkte sei, zur Arbeitslosigkeit führen müsse, die durch die vermehrte Nachfrage nach Maschinen und Anlagen im Dienste der Rationalisierung nicht aufgehoben wird. Im Geburtenrückgang, der in den westeuropäischen Ländern besonders stark zu beobachten ist, erblickt Professor Gregory, im Gegensatz zu den üblichen Feststellungen, einen Grund mehr für andauernde Arbeitslosigkeit. Die Rationalisierung kann nämlich dann erst zum Ziele führen, das heißt, kann nur dann die Produktionskosten derart senken, daß eine Erweiterung der Produktion möglich ist, wenn die rationalisierten Betriebe sich auf Massen- (Serien-)produktion umstellen. Das aber hat vermehrte Nachfrage nach den in den rationalisierten Betrieben hergestellten Produkten zur Voraussetzung, während der Geburtenrückgang dieser Steigerung der Nachfrage im Wege stehe. Der Geburtenrückgang, obwohl er den Arbeitsmarkt entlastet, kann aus dem erwähnten Grunde die Arbeitslosigkeit nicht verhindern, ja, er muß diese unter Umständen erhöhen. So erscheint es Professor Gregory durchaus wahrscheinlich, daß die Arbeitslosigkeit in Zukunft auch bei guter Konjunktur erheblich höher bleiben und länger dauern wird als in der Vergangenheit. Die Rationalisierung steht nach Professor Gregory im engsten Zusammenhang mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhung, da sie zur Steigerung der Produktivität der Wirtschaft führt. Wenn aber die Produktivität der Wirtschaft durch die Rationalisierung gesteigert ist, so ist es möglich, die Warenpreise herabzusetzen und gleichzeitig die Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen zu verkürzen oder aber bei der gleichen Arbeitszeit die Warenpreise herabzusetzen und die Löhne zu erhöhen. Erhöhte Produktivität gibt — wie Professor Gregory betont — einen Spielraum sowohl für Preis-senkungen als auch für Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung, und dieser Spielraum muß zur Überwindung der Arbeitslosigkeit verhelfen.

Die Löhne der deutschen und der amerikanischen Arbeiter.

Noch immer ist Henry Ford mit seiner These von den hohen Löhnen ein weißer Rabe unter den Unternehmern. Als er vor einigen Monaten auf dem Wege über den „20th Century Fund“ dem Internationalen Arbeitsamt 25 000 Dollar zur Verfügung stellte, damit dieses eine internationale Lohnerhebung darüber anstelle, welcher Lohn in den europäischen Hauptstädten gezahlt werden muß, um der Kaufkraft des in den Fordbetrieben von Detroit gezahlten Lohnes von 7 Dollar zu entsprechen, haben die Unternehmervertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts sogar gegen die Annahme dieser Stiftung gestimmt. So sehr fürchten sie die internationale wissenschaftliche Aufklärung der Lohnverhältnisse. Glücklicherweise sind sie in der Minderheit geblieben. Die Erhebung wird zur Zeit durchgeführt. Zunächst mußte die Lebenshaltung der Detroit-Fordarbeiter ermittelt werden.

Die Kulturgeschichte, alles was die Kultur geschaffen und überliefert hat, ist Erzeugnis von Geist und Hand. Was der Geist erdachte, haben die Hände verwirklicht. Aber Hände, die mehr bedeuten, als nur schon zu sein! Hände, die zupacken, heben und tragen, ziehen und klopfen, ein ganzes Leben lang; beschweißte, knochige, abgearbeitete Hände; feingegliederte Hände, die das Wirken des Mechanikers, des Künstlers, des Denkers, des geistigen Erlebens und Tuns anzeigen. Eine Wanderkraft der Menschheit. Schaffend gestaltet sie die Werkzeuge des Aufbaus und der Ordnung, und dann wieder der schrecklichen Zerstörung. Es nahm seinen Anfang, als der erste Stein behauen wurde, um den Urmenschen auf der Jagd zu helfen.

Die Entwicklung, durch die der Vormensch zu dieser Tat befähigt wurde, war zugleich die Entwicklung zur Menschwerdung. Das Vorneschgeschöpf wurde zum Menschen, indem es mehr und mehr seine Nahrung nicht mehr wie ein Tier, sondern mit selbstgearbeiteten Werkzeugen gewann.

Die Arbeit war darum nicht nur die erste Grundbedingung auch für das arbeitsfähige Dasein der Menschen: die Arbeit erhob den Menschen erst aus der Tierwelt. Und alle Seiten seiner Entwicklung, seines gesellschaftlichen Fortschritts, sind geschichtlich aus der Entwicklung der Arbeit oder, wie wir heute sagen, aus dem technischen Fortschritt abzuleiten. Zur Jagd trat Viehzucht und Ackerbau, häusliches Spinnen und Weben, die Töpferei und die Metallverarbeitung, der entwickelte Gewerbebetrieb und der Handel; zu diesem trat Kunst und Wissenschaft. Jeder Fortschritt wirkte umwälzend und tief mit Notwendigkeit weitere herbei. Die Arbeit wurde vollkommener und immer vielfältiger, und damit auch die menschliche Gesellschaft. Aus wildumherstreifenden Horden wurden Herdenverbände und Stämme, aus Stämmen Nationen und staatenbildende Völker. Jede grundlegende Veränderung der Arbeit veränderte die Lebensführung, die Zusammenfassung, die Gestalt der menschlichen Gesellschaft. Grundlegende Arbeitsveränderungen aber folgten schließlich immer häufiger aufeinander. Die letzten Jahrhunderte wälzten die Verhältnisse der Welt schneller um als ehemals Jahrhundertaufende — die letzten Jahrzehnte vielleicht ebenso sehr als vorher ebenso viele Jahrhunderte. Aber die Arbeit, die bebaut betriebene menschliche Arbeit mit ihren Folgerungen war zu allem Fortschritt der Menschheit die Grundlage, auf der die menschliche Vergangenheit sich entwickelte, die Gegenwart beruht; sie ist der Fels, auf dem die Zukunft sich aufbaut.

W. Reimers

Diese Ermittlungen, die soeben abgeschlossen wurden, dienen als Grundlage des internationalen Vergleichs. Sie sind im letzten Heft der „Monthly Review“ (Veröffentlichung des amerikanischen Arbeitsministeriums) veröffentlicht. Untersucht wurde die Lebenshaltung von 100 Familien von Fordarbeitern, und zwar nur solcher Familien, die ausschließlich auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes angewiesen sind. Dieses Einkommen beträgt im Jahresdurchschnitt 1694,68 Dollar, dazu kommen etwa 17,24 Dollar Nebenverdienste (Autoreparaturen und ähnliche Arbeiten), so daß mit einem Gesamteinkommen von 1711,87 Dollar gerechnet wird. (6,87 Dollar pro Schicht bei 250 Arbeitstagen.) Auf Grund der vom amerikanischen Bundesamt für Statistik errechneten Unterlagen verteilen sich die Ausgaben wie folgt (100 Familien — durchschnittliche Kopfzahl 4,5 Personen):

	jährliche Ausgaben Dollar	Hundertstel vom Einkommen
Nahrungsmittel	556,12	32,3
Bekleidung für Haushaltungsvorstand	63,59	3,7
Bekleidung für Hausfrau	59,21	3,4
Bekleidung für Kinder	87,87	5,1
Wohnung	388,81	22,6
Heizung und Beleuchtung	103,20	6,0
Hausrat und Einrichtungsgegenstände	88,55	5,2
Lebensversicherung	59,16	3,4
Verkehrsmittel	37,40	2,2
Ausgaben für Krankheitsfälle (Gesundheitspflege)	64,73	3,8
Schule	6,41	0,4
Wäschmittel	16,64	1,0
Freizeit	12,37	0,7
Verschiedenes (Beiträge für Vereine, Kirchen usw., Geschenke, Theater, Kino, Reisen, Ausflüge, Tabak, Telefon, Auto usw.)	155,77	10,2
	1699,83	100,0

Gleiches Recht für alle?

Lohnabbau, Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherungen, Kopfsteuer, Ledigensteuer, mit einem Wort Belastungen der ärmeren Klassen der Bevölkerung, das sind die Weisheiten der Frontkämpfer-Regierung. Die anderen Möglichkeiten zur Aufbringung von Geldern für die Staatszwecke sieht sie nicht. Die arbeitende Bevölkerung, die nicht mehr von sich abwälzen kann, soll alles tragen. Andere Bevölkerungsschichten sind glücklicher, sie können noch Kapital ins Ausland verschieben oder sich von der Steuerzahlung drücken. Das Institut für Konjunkturforschung hat vor kurzem errechnet, daß z. B. in der Landwirtschaft 300 Millionen Mark mehr Einkommen vorhanden sind, als versteuert werden, bei den Unternehmern in Handel und Gewerbe 1300 Millionen Mark mehr, bei den freien Berufen 200 Millionen Mark mehr. Die meisten dieser Leute nennen sich mit Stolz nationalgeföhnt. Aber die „nationale“ Geföhnung hat mit der Zahlung von Steuern nichts zu tun.

Da das Statistische Reichsamt im Jahre 1927/28 Haushaltsrechnungen von deutschen Arbeiterfamilien veröffentlicht hat, ist ein gewisser Vergleichsmassstab vorhanden, wenigstens hier berücksichtigt werden muß, daß die durchschnittliche Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters zweifellos unter derjenigen des Fordarbeiters liegt. Demnach verteilen sich die Ausgaben prozentual wie folgt:

	Hundertstel des Einkommens des deutschen Arbeiters	des Fordarbeiters
Lebensmittel	45,3	32,3
Wohnung	10,0	22,6
Bekleidung und Wäsche	12,7	12,2
Einrichtung	3,9	5,2
Heizung und Beleuchtung	3,6	6,0
Körperpflege	0,8	1,7
Gesundheitspflege	0,6	3,8
Verkehrsausgaben	1,2	2,2

Dieser Vergleich ist nur ein Notbehelf. Tatsächlich wird die Forderhebung, die nunmehr auf den gleichen Grundlagen wie in Detroit auch in Berlin, Frankfurt, Manchester, London, Cork, Paris, Marseille, Antwerpen, Rotterdam, Helsingfors, Kopenhagen, Stockholm, Triest, Genua, Warschau und Konstantinopel durchgeführt wird, andere, jedenfalls richtigere Vergleichsmassstäbe ergeben. Sie ist überhaupt die erste nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführte internationale Erhebung über Lohn und Kaufkraft. Wir werden darüber zu gegebener Zeit berichten. Jedenfalls lassen die Zahlen schon jetzt erkennen, daß der Detroit-Fordarbeiter über das Existenzminimum hinaus mehr für Luxus- und Kulturbedürfnisse aufwenden kann als der deutsche Arbeiter im allgemeinen.

Die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931.

Von Prof. Dr.-Ing. Siedler (Berlin).

Keine Zeit, wie gerade die jetzige, in der die Bauwirtschaft fast völlig daniederliegt, scheint so ungeeignet wie nur möglich für eine Bauausstellung zu sein — aber sie scheint nur ungeeignet zu sein —, in Wirklichkeit ist keine Zeit wie gerade die der Depression zur Sammlung und zur Befestigung bestimmt. Und was ist denn eine Bauausstellung anderes als eine Schau der Kräfte, die nach Einfluß verlangen, als eine Sammlung vor dem Angriff. Hier auf der Bauausstellung werden die Kräfte gemustert werden, deren Einfluß sich beim Wiederaufleben der Bauwirtschaft lehren wird, deren Verwendung bei der früher oder später sicher kommenden Behebung der Bauwirtschaft Erfolg verspricht.

Die Bauausstellung wendet sich ja in erster Linie an die Fachleute, die sich hier in selten vollkommener Weise über die technischen Mittel und Kräfte orientieren können, die ihnen der Baumarkt zur Verfügung stellt. Eine solche Schau ist auch deswegen so wichtig, weil in dem seit Kriegsende verflochtenen Jahrschneise eine unüberschaubare Menge von neuen Bauhoffen auf den Markt gekommen ist, die kennenzulernen oder womöglich auf ihre Verwendungsmöglichkeiten zu prüfen, selbst der sehr beschlagene Baufachmann kaum in der Lage gewesen ist. Der Fachmann hat das bringende Bedürfnis, alle diese Bauhoffen und ihre Verwendungsmöglichkeiten in einer systematischen Schau vereinigt, möglichst sogar ausgearbeitet zu sehen.

Die Baustoffindustrie hat diese Sachlage fraglos erkannt. Trotz der Schwere der Zeit, die auf Aufgabe aller unnötigen Ausgaben zwingt, bringt sie die Opfer, die nun einmal mit einer Bauausstellung verbunden sind. Zwar wird auch auf der Bauausstellung „Sparen“ groß geschrieben. Die Aussteller wissen, daß sie ihr Ausstellungsgut auf der Bauausstellung dann am besten vorführen werden, wenn sie jeden unnötigen Aufwand und jede kostspielige Aufmachung vermeiden, aber es um so sachlicher zur Schau stellen.

So wird die Bauausstellung wie ein Magazin der technischen Möglichkeiten wirken, nicht wie eine ästhetisch aufgeputzte Ausstellung. Nicht die Aufmachung soll überzeugen, sondern das Ausstellungsgut soll seinen Daseinszweck durch sich selbst beweisen. Es ist bezeichnend, daß sich der Teil der Ausstellung, der sich mit den Baustoffen und Bauteilen befaßt, im ständigen Wachsen befindet und sich immer neuen Änderungen in der Disposition anpassen muß. Hier ist jetzt eine Sonderhalle von etwa 3000 Quadratmeter dem Baustoff Holz, eine andere gleich große dem gebrannten Stein bzw. der gesamten Keramik vorbehalten; in der großen Funkhalle werden das Dach, die Decke und die Wand mit allem Zubehör errichtet und gleichzeitig auch die Leichtbaustoffe, die Sperr- und die Dämmstoffe in ihrer Wirkung gezeigt werden. Eine der großen neuen Hallen wird den Naturstein, die Nicht-eisenmetalle, Stahl und Glas aufnehmen, während in der anderen außer den Installationen noch Zement und Beton behandelt werden sollen. Das an die Hallengruppe des Funkturms anschließende gewaltige Freigeleände wird den Straßenbau in seinen verschiedensten Ausführungsarten, gewaltige Baumaschinen in ihrer Verwendung und den Garagenbau zeigen.

Je weiter sich die Ausstellung entwickelt, um so systematischer wird ihre innere Disposition und ihr Aufbau, um so eindringlicher wird aber auch ihre spätere Wirkung.

Frauenfragen.

Die Frauenseele und die wirtschaftliche Not.

Im letzten Wahlkampfe ging es um ausgesprochen wirtschaftliche Ziele. Er wurde in der Zeit größter wirtschaftlicher Not geführt. Es war ein Wahlkampf, der jeden einzelnen in seinem wirtschaftlichen Lebensnerv berührte. Trotzdem zeigte die Wahl, daß die wirtschaftlichen Gefahren für die Existenz bei großen Massen von Frauen einfach gar nicht bestimmend gewesen sind.

Aus verschiedenen Städten des Reiches, in denen Frauen und Männer getrennt abgestimmt haben, erfahren wir jetzt das Ergebnis, und da sehen wir, daß die Zentrumstimmen bis zu etwa zwei Dritteln aus Frauenstimmen bestanden, und daß beim Evangelischen Volksdienst sogar dreimal soviel Frauenstimmen als Männerstimmen gezählt worden sind.

Bei dem ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter dieser Wahl berechtigt uns dieses Ergebnis noch mehr als das ähnliche in früheren Jahren dazu, die wirtschaftliche Aufklärung den Frauen gegenüber nicht zu geben, ohne diese wirtschaftlichen Gedanken zugleich wurzeln zu lassen in der Frauenseele.

Wer jahrelang in unseren Reihen steht, weiß, daß unsere wirtschaftlichen Ziele zugleich der Boden für eine neue Kultur des Geistes und der Seele des Menschen sind. Aber viele Frauen, die uns noch fernsehen, sehen im gewerkschaftlichen Kampfe nur den Kampf um den Lohn, ohne darin zugleich den Kampf um die Befreiung des Menschen zu erkennen. Und es fehlt ihnen etwas. Etwas Wesentliches. Aus dem Unbewußten der Frau heraus sträubt sich da etwas gegen alle nur an den Bestand gerichteten Versuche.

Wir gewinnen die Frau für eine neue wirtschaftliche Gestaltung der Welt nur, wenn die Frau auch eine Seele dieses neuen Weltbildes fühlt. Und wir machen die Frau des gewerkschaftlich organisierten Menschen nur dann zu seinem Kameraden und Kampfgenosse, wenn die Frau diese wirtschaftliche Welt des Mannes in ihrer Seele auch erlebt. In diesem Sinne bietet sich uns in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine praktisch bedeutsame Aufgabe gegenüber dem Kampfgedanken.

Darum sollte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aber auch in den einzelnen Orten nicht neben der Werbearbeit als etwas Wesensfremdes hergehen. Sie muß vielmehr eingefügt werden in den alles beherrschenden Gedanken, an dieser Wende der Zeit die schaffende Masse organisatorisch zu erfassen und einzuspannen in die große Aufgabe, die wir in dieser geschichtlichen Stunde zu erfüllen haben.

Millionen sind organisiert. Wir sind stolz darauf. Doch größer noch ist die Zahl der schaffenden Menschen, die abseits stehen vom Kampfesweg. In unserer Bildungsarbeit haben wir ein noch viel zu wenig gebrauchtes Arsenal von geistigem Rüstzeug, alle Schaffenden organisatorisch zu erfassen in einer Front.

Dr. Gustav Hoffmann.

Hausfrau, Arzt und Volksernährung.

Von Dr. Kurt Kayser.

Die Hausfrau ist der Ernährungsminister jeden Haushaltes. Was das heißt, wird erst verstanden, wenn man hört, daß vier Fünftel des Gesamteinkommens aller Deutschen für Ernährungs Zwecke durch die Hände der Hausfrau gehen. Als Verwalterin dieses Volkvermögens trägt somit die Hausfrau eine ungeheure Verantwortung, und ihre Aufgabe ist es, das ihr anvertraute Gut richtig zu verwalten, d. h. das schwer erworbene Geld für Ernährungszwecke so anzulegen, daß es für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Familienmitglieder nützlich und förderlich ist. Darum muß jede Hausfrau sich einige Kenntnisse auf dem Gebiete der Ernährungslehre erwerben. Das geschieht nicht durch gute Ratsschläge der lieben Nachbarn, das läßt sich nicht erlernen durch Rezepte aus dem Kochbuch, sondern hier muß der Hausfrau rasend und helfend vor allem derartige zur Seite stehen, dessen Beruf es ist, Rezepte zu schreiben: der Arzt.

Die medizinische Wissenschaft hat gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf dem Gebiete der Ernährungslehre außerordentliches geleistet, wovon auch die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden erneut Zeugnis ablegt. Trotzdem sei vorausgeschickt, daß es auf die Frage „Wie ernährt man sich richtig?“ keine für jedermann und für alle Verhältnisse gültige Antwort gibt.

Der Nahrungsbedarf des gesunden Menschen ist von einer großen Reihe von Faktoren abhängig: Alter, Klima, Arbeit auf der einen, Gewohnheit, Mode, Bequemlichkeit und nicht zuletzt der Geldbeutel auf der anderen Seite, sind einige

der wesentlichsten Momente, die Art und Menge unserer Ernährung beeinflussen. Die Wissenschaft kann also auch nur durch chemische Werke erreichen, die im Einzelfalle eine Anpassung an die besonderen persönlichen Verhältnisse erfordern. Die Grundpfeiler unserer Ernährung bilden Eiweiß, Fett und Zuckerkörper (Kohlenhydrate) sowie Salze und Ergänzungsnährstoffe (Vitamine). Von ihnen dient nur ein kleiner Teil zum Aufbau der durch die Lebensstätigkeit verbrauchten Körpersubstanzen, der größte Teil wird im Körper verbrannt und spielt, ähnlich wie bei der Dampfmaschine, dabei die Rolle des Heizmaterials. Als Maß für die von einer Kost gelieferte Wärmemenge dient die sog. Kalorie. Da aber weder die Hausfrau noch der Gastwirt seine Ware auszeichnet mit Angabe ihres Gehalts an Nährstoffen oder Kalorien, so ist der Hausfrau mit Zahlenangaben kaum gedient, vielmehr wird da praktische Erfahrung oder im Einzelfalle besondere ärztliche Veranlassung notwendig sein. Ganz allgemein sei daher gesagt, daß unter unseren Nahrungsmitteln die Hauptträger der Kohlenhydrate Brot, Kartoffeln, Mehl, Zucker, Gemüse und Obst sind. Das Brot deckt etwa ein Drittel des gesamten Kalorienbedarfs der arbeitenden Bevölkerung. Als Durchschnittsquantum können etwa 200 bis 300 Gramm pro Tag angenommen werden. Dabei erhebt sich sofort die gegenwärtig besonders interessierende Frage: Weißbrot oder Schwarzbrot? d. h. Weizen- oder Roggenbrot?

Vom Standpunkte des Arztes aus ist zu sagen, daß Weißbrot und Roggenbrot für den menschlichen Körper ziemlich gleichwertig sind. Das Weißbrot wird von vielen bevorzugt, weil es angenehm schmeckt, sich gut isst und den Darm wenig belastet. Umgekehrt ist es ein Vorzug des Schwarzbrot, daß es in den Kleibestandteilen wichtige Nährstoffe enthält, daß es Mund und Zähne durch stärkere Inanspruchnahme unserer Kauwerkzeuge besser reinigt und die Darmtätigkeit anregt. Man wird daher gut daran tun, neben Weißbrot auch Schwarzbrot zu essen. Im übrigen ist aber, wie erwähnt, das Brot vor allem Träger der Kohlenhydrate. Diese lassen sich angenehm und abwechslungsreich auch in Gestalt anderer Nahrungsmittel zuführen. Hierher gehören vor allem Kartoffeln und fast sämtliche Gemüse.

Da Gemüse, richtig zubereitet, auch der Hauptvitaminträger unserer Nahrung ist, sollte sein Verzehr im Küchenzettel der Hausfrau eine weit größere Rolle spielen als bisher.

Was für das Gemüse gilt, trifft in gleichem Maße für Obst zu. Doch ist dabei darauf hinzuweisen, daß man Obst zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen stets gewaschen oder, wenn möglich, geschält verzehren muß. Schließlich sei auch der Zucker nicht vergessen, der eines unserer billigsten heimischen Nahrungsmittel als Kohlenhydratträger darstellt und durch die Vielfältigkeit seiner Verwendbarkeit in Getranken, in Kompotten, Mehlspeisen und Süßigkeiten einen viel größeren Verbrauch seitens der Hausfrau verdient.

Wie die Kohlenhydrate dienen auch die Fette im wesentlichen als Heizmaterial für den Körper. Kohlenhydrate und Fette können sich daher in hohem Maße gegenseitig vertreten. Da indessen das Fett in unserer Nahrung ohne Körpererschütterung nie ganz fehlen darf, sei hier gesagt, daß wir im Durchschnitt 20 bis 70 Gramm Fett pro Tag, gleichviel in welcher Form, zu uns nehmen müssen. In Fett stehen der Hausfrau Butter, Schmalz, Margarine, Pflanzenfett und Öl zur Verfügung, wobei zu betonen ist, daß gute Margarine in ihrem Fettgehalt durchaus der Butter ebenbürtig ist. Der Fettgehalt läßt uns auch den Käse für Ernährungszwecke besonders schätzen. Daß die Milch ein besonders hochwertiges Nahrungsmittel ist, das sämtliche Nährstoffe enthält, ist bekannt. Sowohl ihr Eiweiß- wie ihr Fettgehalt, außerdem aber auch ihr Reichthum an Vitaminen und Salzen, empfehlen sie dazu. Wichtig ist es, auf die Gefahren beim Genuß roher Milch, besonders auf die Anreicherung mit Tuberkulose, hinzuweisen und im allgemeinen den Genuß abgekochter Milch zu empfehlen.

Der größten Verfeinerung erfreut sich, besonders in der heißen Zeit, das Fleisch als Nahrungsmittel. Es ist zweifellos einer unserer wichtigsten Eiweißspender. Es ist verhältnismäßig teuer und belastet nicht nur unseren Geldbeutel, sondern auch den Stoffwechsel, insbesondere mit überhöhtiger Säure. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß der Nährwert des Fleisches groß ist und daß es sich durch seine reiche und bequeme Zubereitungsmöglichkeit ebenso wie durch seinen guten Geschmack seinen Platz in der Küche erkauft hat.

Jugendbewegung.

Winterhalbjahr und Bildungsarbeit.

Wieder einmal naht das Winterhalbjahr, und in allen rührigen Ortsgruppen unseres Verbandes, besonders aber in den Jugendgruppen, geht man mit Ernst daran, das Bildungsprogramm anzustellen. Das ist recht so, denn Bildung ist gut, und es ist nur zu hoffen, daß keine unserer Gruppen ohne Winterbildungsprogramm bleibt. „Wissen ist Macht!“ Gerade wir Gewerkschafter wissen, wie wahr dieses leider so oft gedanklos gebrauchte Wort ist. Wohl sind die Erfolge, die wir bisher erreichen konnten. Groß und immer größer die Summe, die wir durch Kenntnis und Ausübung der Rechtsmittel unserer Kollegen retten konnten. Doch, wer nennt uns all das, was uns noch verloren geht, weil Unkenntnis es preisgibt? Gewaltig dürfte auch dieser Posten sein, und darum ist Lernen und Wissen für uns unerlässliches Gebot.

Die wichtigste Frage ist nun, wie unser Bildungsprogramm beschaffen sein soll? Eine generelle Antwort wird sich nicht geben lassen, da diese Frage sich immer nach den jeweils vorliegenden Verhältnissen richtet, d. h. alle Faktoren, wie Lehrmittel, Lehrkräfte, Geld, Schularmaterial, all das muß berücksichtigt werden.

Überall dort aber, wo die Möglichkeiten begrenzt sind, wird es wohl vor allem heißen müssen, Zweckbildung zu treiben, d. h. wir werden die am engsten mit unserem Charakter als Gewerkschafter zusammenhängenden Fragen, wie Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Gewerkschaftswe-

Wirtschaftskunde und dergl., in erster Linie berücksichtigen müssen.

„Ja“, kann man nun einwenden, „für die großen Orte, die Lehrkräfte in genügender Zahl zur Verfügung haben, ist diese Frage leicht zu lösen; doch was machen all die Vielen in den kleinen Orten?“ Diese Frage ist scheinbar berechtigt, und gerade die Tatsache, daß ein sehr erheblicher Teil unserer Kollegen in solchen kleinen Orten lebt, macht sie wichtig. Doch auch hier wird es wohl so sein, daß die Bevollmächtigten der Zahlstelle ohne weiteres einen Teil der Bildungsarbeit übernehmen und vielleicht auch noch für einige Referenten sorgen. Wir wollen nun aber doch möglichst aktiv werden und mehr tun. Fragen wir daher, ob dieser Wille durchaus an dem Referentenmangel scheitern muß? Ich glaube nicht. Gerade bei den arbeitsrechtlichen Vorträgen dürfte wohl schon ein jeder die Erfahrung gemacht haben, daß der Wert solcher Vorträge besonders bei den Jugendlichen und Neulingen auf diesem Gebiet zu einem großen Teil davon abhängt, ob die Fülle des Gebotenen von den Hörern erfaßt und behalten werden kann. Ähnlich liegen die Dinge bei den anderen Fragen. Auch hier steht nicht immer der Ruf des Referenten im gleichen Verhältnis zu dem Nutzen seines Vortrages, da sehr oft zuviel von ihm vorausgesetzt wird. Können wir uns daher nicht auch anders helfen? Ich denke daran, daß wir jetzt wohl schon in fast jeder Ortsgruppe einen Kollegen haben, der die Weingärtner Schule besucht hat, also über einige Vorkenntnisse verfügt und im Besitz von Material ist. Dieser ist doch nun jederzeit zur Arbeit verpflichtet, und es ist nichts weiter als die Erfüllung seiner Aufgabe, wenn er nun versucht, zum Bildungsträger in seiner Ortsgruppe zu werden. Seine Arbeit wird es nun sein, eine interessierte Gruppe um sich zu sammeln, die dann nach seinen Angaben arbeiten soll.

Ein Beispiel, wie ich mir die Arbeit denke: Der Gruppenleiter nimmt z. B. das Betriebsrätegesetz, zergliedert es in seine grundlegenden Teile und läßt verschiedene Kollegen je einen Teil bearbeiten. Am ersten Tage referiert nun der erste vielleicht über das Thema: „Errichtung und Zusammenlegung des Betriebsrates“. Das kann er in einer Stunde gut schaffen, und nun schließt sich eine vom Leiter geführte Diskussion an. Er fragt, konstruiert Zweifelsfälle und kontrolliert so, ob jeder die Darlegungen verstanden hat und damit arbeiten kann. Weiter läßt sich unser „Betriebsrat“ (unsere Zeitschrift) zu Rate ziehen. Er rekonstruiert dort dargelegte Fälle, läßt sie klären und führt dann an Hand der Urteile die Meinung der Hörer auf das richtige Maß.

Ähnlich kann man dann auf den anderen Gebieten arbeiten. Ich denke an Wirtschaftsgeographie. Wie viele Fragen können hier schon ohne große Hilfe bearbeitet werden. Der eine bearbeitet Verkehrsfragen, der andere forscht den Rohstoffquellen seiner Industrie nach, der andere verfolgt das Fertigprodukt usw. Unendlich die Fülle der Aufgaben. So aber können wir die Zeit nützen und die Voraussetzungen zum erfolgreichen Hören guter Vorträge schaffen.

Dabei dürfte gerade diese Form der Arbeit auf alle anregend wirken. Sie wird einen Wettstreit auslösen, interessant und nutzbringend sein und jeder wird folgen können.

Die schwierigste Aufgabe liegt natürlich dem Leiter dieser Gruppe ob. In ihm liegt es, wie die Sache läuft, und seine besondere Aufmerksamkeit wird er auf das Aufstellen des Lehrplanes und die Disposition der einzelnen Aufgaben legen müssen. Er muß die Gefahr eines Abgleitens, des Verschlebens der Grundlage und all diese Dinge berücksichtigen und ihnen begegnen. Also auch für ihn die Pflicht, neben seiner Lehrtätigkeit eifriger Schüler bei sich selbst zu sein. Doch Fleiß und Hingabe verbürgen auch hier den Erfolg. Also, auf an die Arbeit! R. W. H. M. A. N. N., Ennigloh.

Rundschau.

Scharfe Maßnahmen gegen Arbeitsunwillige in Moskau. Die „Wesschnaja Moskwa“ (Nr. 223 vom 24. September 1930) meldet:

„In letzter Zeit macht sich auf dem Arbeitsmarkt ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar. Trotzdem werden viele Arbeiter gerade derjenigen Berufe, an denen Mangel herrscht, in den Listen der Versicherungskassen geführt und erhalten daher auch Arbeitslosenunterstützung. Das Moskauer Bezirksarbeitsamt ist der Ansicht, daß diese Lage unhaltbar ist, und daher wird die Sozialversicherungskasse des Moskauer Gebietes in den nächsten Tagen die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen an Arbeiter der Textilindustrie, der Konfektionsindustrie, der Nahrungsmittelindustrie usw. einstellen. Gleichzeitig wird Arbeitslosenunterstützung an Personen, die ohne triftigen Grund die Übernahme von Arbeit ablehnen, nicht mehr gezahlt. In Zukunft wird die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nur nach Einholung einer besonderen Auskunft von den Arbeitsbörsen in jedem einzelnen Fall erfolgen, wonach der betreffende Arbeitslose tatsächlich zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt ist.“

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Erst Verleumder, dann Verräter.

Die kommunistische Presse, die in Ehren ergrante freie Gewerkschaftsführer in gemeinster Weise verleumdet, wird gebeten, sich über folgende Schurkerei zu entziehen: Bei der Revision der Kasse des Zentralverbandes der allrussischen Gewerkschaften in Moskau sind große Unregelmäßigkeiten entdeckt worden. Der Vorsitzende dieses Verbandes, Karajew, hat seine Stadtwohnung mit 2000 Rubel Verbandsgeldern renovieren lassen, außerdem entnahm er der Kasse noch 2000 Rubel, um sich eine Salonerichtung zu kaufen. Verbandsangehörigen, meistens älteren Arbeitern, die in Kurort oder Sanatorien geschickt werden sollten, handigte Karajew die Kartengelder und Fahrkarten nicht aus, weil angeblich kein Geld mehr da sei. Er gab den Kartenschlag, die Arbeiter sollten versuchen, auf eigene Kosten die Kur durchzuführen. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß Karajew die Gelder für seine Geliebten gebraucht hat. Diese machten erst Verbandskosten großartige Vergnügungsreisen in die Kurorte des Kaukasus und der Arim. Auch die Abstandsname für seine geschiedene Frau, nämlich 4500 Rubel,

hat dieser vorbildliche russische Gewerkschaftsbeamte aus Verbandsgeldern gezahlt. Weiter richtete er seiner Frau eine Wohnung für 2000 Rubel ein, wofür ebenfalls die Verbandskasse bluten mußte. Die Zeitung der allrussischen Gewerkschaften „Trud“ (Arbeit) Nr. 238 meldet, daß die leitenden Verbandsdirektoren, die sämtlich Kommunisten sind, in zwei Jahren etwa 1 1/2 Millionen Rubel mehr Ausgaben gebucht hätten, als im Budget vorgesehen waren. Die Revision der Bücher ergab in fast allen Abteilungen Fälschungen. So wurden für Instandhaltung der Verbandsbücher 66 000 Rubel gebucht, während Reparaturen gar nicht vorgenommen waren. 35 000 Rubel buchte die vorbildliche Sowjetgewerkschaftsbürokratie für gar nicht gefälschte Neuanschaffungen. Wenn einer dieser Verbandsdirektoren in ein anderes Ressort versetzt wurde, erhielt er aus der Verbandskasse 2000 bis 3000 Rubel Reisezuschuß. Auch die Gewerkschaftsangehörigen erhielten zu Unrecht reiche Beträge, so die Buchhalter Erschow und Petrisko je 2500 Rubel zur Wohnungsinstandsetzung. Den Vogel aber hat der Verwaltungsdirektor Plechow abgeschossen, der sich aus der Verbandskasse 18 000 Rubel anweisen ließ, um sich ein Landhaus zu kaufen. In den Büchern waren diese 18 000 Rubel aber für Ofenreparaturen im Moskauer „Palast der Arbeit“ geführt. Diese Herren sind jetzt zwar den Gerichten übergeben, es besteht aber kaum Aussicht, daß von den veruntreuten Arbeitergroschen etwas zurückzuholen ist.

Verbandsnachrichten.

Bewerbungen zu den 68. bis 73. Bildungskursen für unsere Mitglieder.

Im Schulheim in Wennigsen finden auf Beschluß des Vorstandes weitere Kurse statt, und zwar

- im 1. Halbjahr 1931
- vom 4. Januar bis 24. Januar,
- vom 1. Februar bis 21. Februar,
- vom 1. März bis 21. März,
- vom 8. April bis 29. April,
- vom 8. Mai bis 22. Mai,
- vom 31. Mai bis 20. Juni.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt:

Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgesetz und Zivilprozessordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Sozialversicherung.

Die Kolleginnen und Kollegen, die den festen Willen haben und die ernste Absicht verfolgen, das in Wennigsen Gelernte praktisch zu verwerten und durch Selbststudien zu ergänzen, werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 8. November bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen.

Die Bewerbung muß enthalten:

- Eine Abhandlung über den Lebenslauf, aus dem das Lebensalter zu ersehen ist.
- Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und evtl. frühere Mitgliedschaften, über die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie über die gegenwärtigen Funktionen.
- Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an solchen Bildungsveranstaltungen nicht teilgenommen hat, ist dies kurz zu begründen.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schulheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursuspartizipation in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn der erste Vorschlag wegen Überfüllung des Kursus nicht möglich ist, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Kursuspartizipanten erhalten:

1. die Verheirateten 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Fahrgehalt 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mk. für einen ganzen, 4 Mk. für einen halben Reisetag;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mk.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gauleitung bis zum 24. November 1930 weiterzugeben.

Die Gauleitungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten entsprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 6. Dezember 1930 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen.

Der Hauptvorstand.

Ausgeschlossen

wurde gemäß § 14 Ziff. 3a in Verbindung mit § 14 Ziff. 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Großenhain/So.: Rudolf Förster, Buch-Nr. S II 786 894.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Dem Kollegen Erwin Bergner, Mitglied seit dem 28. Mai 1928, Zahlstelle Glogau (Niederlausitz), wurde sein Mitgliedsbuch gestohlen. Wenn das Buch von Unberechtigten verzeigert wird, muß es zurückgehalten und an den Hauptvorstand eingeleitet werden.

Chemische Industrie

Explosion im Stickstoffwerk Waldenburg i. Schl. 1 Toter, 4 Verletzte.

Im Stickstoffwerk Waldenburg ereignete sich am 6. Oktober eine schwere Explosion, die leider auch unter den Beschäftigten einige Opfer forderte. Nach den bisher vorliegenden Angaben ist in der Hauptgasleitung ein Luftzerlegungsapparat explodiert. Durch den ausströmenden Stickstoff wurde eine Anzahl der Beschäftigten betäubt. Es gelang, durch sofortige Sperrung aller Ventile ein größeres Unglück zu verhüten, das durch ein weiteres Ausströmen der giftigen Gase zweifellos angerichtet worden wäre.

Das Unglück wird auf einen Materialfehler zurückgeführt. Die Fortführung des Betriebes ist gesichert. Welche Gewalt die Explosion entwickelte, geht aus den Mitteilungen benachbarter Anwohner hervor, daß Eisenteile des explodierten Luftzerlegungsapparates bis 500 Meter weit geschleudert wurden. Außer dem Arbeiter Kurt Schreiber, den Monteuren Koter und Schröder und dem Obergeringieur Gude, die schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurden, ist der Maschinist Kurt Wentzky der Explosion zum Opfer gefallen. Er wurde von der giftigen Schleichluft getötet.

Die Anlage selbst ist nach den neuesten technischen Erfahrungen eingerichtet worden, so daß der Betrieb den Anforderungen des modernen Arbeiterschutzes durchaus entsprechen soll. Die Gefahrenquellen lagen, wie uns mitgeteilt wird, zum größeren Teil in der übermäßig langen Arbeitszeit, die für einzelne Beschäftigte Regel gewesen zu sein scheint. Sogar Betriebsratsmitglieder haben oft 12 und sogar 14 Stunden hintereinander gearbeitet. Auch die Verletzten haben, mit Ausnahme des Obergeringieurs, ebenso wie der getötete Maschinist Wentzky, schon wochenlang 12 Stunden täglich gearbeitet. Es ist kein Wunder, daß bei solchem Raubbau an der Arbeitskraft Spannkraft und Aufmerksamkeit nachlassen, so daß in so gefährlichen Betrieben Unglücksfälle eintreten müssen. Gewiß sind auch die Opfer der Explosion nicht ganz von Schuld freizusprechen, aber man weiß ja auch, unter welchen Druckmitteln die Arbeiter sich oft bereit erklären müssen, Überstunden zu leisten, trotzdem Arbeitslose in ungezählten Massen vorhanden sind. Die Arbeiterschaft der Chemischen Industrie ist bei der Arbeit von so viel Gefahren umlauert, daß es ein Verbrechen ist, Leute 12-14 Stunden hintereinander täglich arbeiten zu lassen. Die Gewerbeinspektionen finden in der Kontrolle der Arbeitszeit in vielen Betrieben der chemischen Industrie ein dankbares Feld.

Das Rätsel der Bedaur-Gesellschaft.

Die Deutsche Bedaur-Gesellschaft unter Leitung des Generaldirektors der Contwerke in Hannover, Herrn Tischbein, bemüht sich bekanntlich, ihr System in deutschen Fabriken zur Einführung zu bringen. Wir erinnern daran, daß das Bedaur-System sich auf Zeitmessungen stützt, zur gemessenen Zeit eine geschätzte Geschwindigkeit hinzusetzt und durch Einsetzen eines sogenannten Ermüdungsfaktors zum Bedaurwert kommt. Angeblich sollen die Arbeiter bei der Einführung und Durchführung mithelfen müssen, wenn das System überhaupt zur Einführung gelangen soll. Dabei erklärt die Bedaur-Gesellschaft, daß ihr System durchsichtig sei und Geheimnisse nicht bestehen. Auf Vorhalt wurde jedoch dann gesagt, daß Literatur über das System nicht geschaffen werden soll, weil in diesem Falle das System von anderen Leuten nachgeahmt werden könnte.

Wir haben, solange das System Eingang sucht, geltend gemacht, daß die Zeitmessungen für die Lohnfestsetzung unerheblich sind, haben ferner darauf hingewiesen, daß die Schätzung der Geschwindigkeit subjektiv nach dem Befinden des Zeitnehmers erfolgt, und daß der sogenannte Ermüdungsfaktor ebenfalls fiktiv ist. Wir haben daraus gefolgert, daß diese Fehlerquellen sich ins Ungemessene steigern müssen zum Schaden der Arbeiter. Die Bedaur-Gesellschaft bestreitet das.

Auf Grund unserer Erfahrungen haben wir der Einführung des Bedaur-Systems Widerstand entgegengesetzt. Aber auch unabhängig von uns haben sich die Arbeiter den Angaben der Bedaur-Ingenieure nicht gefügt. In einem Falle wurde die Arbeit bei Eintreffen der Bedaur-Ingenieure niedergelegt, so daß die Herren unerrichteter Dinge abziehen mußten. In einem neueren Falle haben sich acht Arbeiter bei außerordentlich komplizierter Arbeit geweigert, sich ihre Arbeitsweise und ihren Lohn von der Bedaur-Gesellschaft vorschreiben zu lassen. Der Erfolg war, daß diese acht Arbeiter bei der jetzigen Wirtschaftskrise bedenkenlos vom Unternehmer aufs Straßensplaster gesetzt wurden. Derselbe Unternehmer hat aber nicht den Mut, den Widerstand der übrigen Arbeiter herauszufordern, die Bedaur-Ingenieure verlassen vielmehr den Ort, nachdem sie Unheil angerichtet hatten.

Auf Grund unseres Widerstandes erklärten die Bedaur-Ingenieure in Delmenhorster Betrieben, daß wir in Hannover uns für das Bedaur-System eingesetzt hätten, während sie den Betriebsräten in Hannover gegenüber erklärten, daß unsere Zustimmung zur Einführung des Systems in Delmenhorst erfolgt sei. In einem anderen Orte besaßen die Bedaur-Ingenieure die Dreifaltigkeit, sich auf ein Empfehlungsschreiben des Fabrikarbeiterverbandes zu berufen, das selbstverständlich nicht existiert. In einer süddeutschen Fabrik erklärte ein Bedaur-Ingenieur uns gegenüber ausdrücklich, daß ein solches Schreiben nicht vorhanden sei, wodurch die Tatsache nicht aus der Welt geschaffen ist, daß dieser Herr selbst oder seine Kollegen mit einer solchen Angabe hausieren gegangen sind. In neuester Zeit haben die Herren wiederum in einem Betrieb in Sachsen erklärt, daß unser Verband in Hannover bei Einführung des Systems hilfreiche Hand geleistet hätte. Ja, man ging sogar so weit, zu erklären, daß der

Landesgewerbeamt in München, Ministerialrat Professor Dr. Koelsch, in der Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Dresden einen Vortrag über das Bedaur-System gehalten hätte. Der anwesende Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Haupt, hätte dagegen keinen Einspruch erhoben, so daß auch daraus die Zustimmung des Fabrikarbeiterverbandes zu schließen sei. Weder in Dresden noch auf einer anderen Tagung hat Herr Prof. Koelsch über das Bedaur-System Vortrag gehalten.

Unfallverhütungsvorschriften zeitig lesen!

Die Berufsgenossenschaften sind gesetzlich verpflichtet, für die ihnen angeschlossenen Betriebe Unfallverhütungsvorschriften auszugeben. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, in jedem ihrer Betriebe diese Unfallverhütungsvorschriften öffentlich auszuhängen oder auszulegen, damit jeder Arbeitnehmer sich darüber orientieren kann. Man veranlasse aber einmal in einer Fabrik oder sonst einem gewerblichen Betriebe eine Umfrage, wie viele von den Arbeitern und Angestellten die für sie gültigen Unfallverhütungsvorschriften bisher auch nur ein einziges Mal gelesen haben. Ganz besonders wichtig ist es, daß die Werkmeister, die Vorarbeiter, die Unfallvertrauensmänner, die Betriebsratsmitglieder usw. genau mit den Unfallverhütungsvorschriften vertraut sind.

Lies Unfallverhütungsvorschriften



Bestell-Nr. - 286 - der Unfallverhütungsbild O. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Ständig wiederholt sich in den Unfallmeldungen, die bei den Berufsgenossenschaften einlaufen, sowie auch in den Pressemitteilungen über solche schweren Unfälle die Mitteilung, daß die Beteiligten die Unfallverhütungsvorschriften aus Unkenntnis nicht beachtet hatten oder daß sie gar bestehende Schutzvorrichtungen außer Acht gelassen oder entfernt hatten! Infolgedessen wird die Mahnung des oben in verkleinertem Maßstabe wiedergegebenen Unfallverhütungspaketes, das für jeden Betrieb gültig ist, vielseitigen und großen Nutzen stiften. Jeder Betrieb kann es von seiner zuständigen Berufsgenossenschaft anfordern!

Wir erklären, daß alle diese Angaben, ganz gelinde ausgedrückt, grobe Unwahrheiten sind. Unsere stets ablehnende Stellungnahme wird am besten durch folgendes Schreiben illustriert:

Justizrat Poppelbaum, Dr. jur. Fiehn, Dr. jur. Schwadt und H. Colshorn, Rechtsanwälte und Notare, Hannover, Georgstr. 33 (Kurierhaus).

III/W. Herr 14. Januar 1930.

G. Haupt, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Hannover Nikolaisstr. 7 II.

Betr. Deutsche Bedaur-Gesellschaft m. b. H.

Im Auftrage obiger Firma gestatte ich mir folgende Mitteilung:

Sie veröffentlichen seit längerer Zeit Artikel gegen das sogenannte Bedaur-System, die zum Teil Unwahrheiten, zum Teil Unrichtigkeiten enthalten. So z. B. jetzt wieder in der „Schuh-Post“ vom 10. Januar 1930 mit der Überschrift: „Das Bedaur-System“. Dieser Artikel beweist wieder, daß Sie die Grundlage des Bedaur-Systems nicht richtig darstellen.

In der Anlage gebe ich Ihnen den Durchschlag eines Schreibens an die Redaktion des „Proletariats“.

Sie werden verstehen, daß die Deutsche Bedaur-Gesellschaft, die viele Ingenieure beschäftigt und nützliche Arbeit leistet, sich durch Unrichtigkeiten nicht ihr Geschäft verderben lassen will. Ich will die Sache nicht ohne Not auf das formaljuristische Gebiet bringen, aber vielleicht ist Ihnen nicht bekannt, daß der sogenannte eingerichtete Gewerbebetrieb ein Rechtsgut ist, welches durch § 823 BGB. geschützt ist, und ein Angriff darauf, der unrichtig ist, rechtfertigt Klage auf Schadenersatz und Unterlassung weiterer Angriffe.

Ich hätte die Möglichkeit, sofort im Wege der gerichtlichen einstweiligen Verfügung gegen Sie vorzugehen.

Das scheint mir nicht zweckmäßig, weil diese Art der Behandlung über die Unrichtigkeit Ihrer Behauptungen begrifflicher Weise Sie nicht gerade entzücken wird.

Meine Partei steht auf dem Standpunkt des amerikanischen Arbeiters, daß die Arbeit im gemeinschaftlichen Zusammenwirken aller Beteiligten zu fördern ist, und daß kein Mittel unversucht bleiben darf, durch Überzeugung Sie über falsche Begriffe, und zwar Grundbegriffe, die Sie von dem Bedaur-System haben, aufzuklären.

Ich bitte Sie deshalb, entweder in unserem Büro oder wo anders zusammen mit Herrn Prüll zu einer Besprechung, in der Herr Laemle von meiner Partei Ihnen nochmals die von Ihnen vorgetragenen Unrichtigkeiten auseinandersetzen wird, zusammen zu kommen.

Ich habe auch nichts dagegen, daß sonst noch ein Gewerkschaftsvertreter anwesend ist. Damit Sie nicht etwa glauben, daß etwas anderes beabsichtigt ist, habe ich von mir aus meiner Partei vorgeschlagen, daß ich an dieser Besprechung nicht teilnehme, weil ich für den Fall, daß Sie den berechtigten Wünschen meiner Partei nicht nachkommen und die bestehenden Gesetze verletzen, die Rechte meiner Partei wahrzunehmen habe.

Dagegen würde ich vorschlagen, daß mein Soziales Colshorn, der sich mit Tarifverträgen und was damit zusammenhängt, speziell befaßt und seit Jahren z. B. die Allgemeine Orts-

krankenkasse berät und vertritt, also das Ihnen vertraute Milieu besser kennt als ich, als Zuhörer teilnimmt.

Ich bitte um Erklärung, ob Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bis zum 22. Januar. Bekomme ich keine Antwort, so nehme ich an, daß Sie meine Partei auch weiterhin mit unrichtigen Behauptungen angreifen wollen, wie Sie das bisher leider getan haben, und jeden Versuch einer Aufklärung über Ihre Irrtümer bewußt zurückweisen.

Daraus werde ich dann als Anwalt die Folgerungen ziehen müssen.

Wir haben am 30. Januar den Rechtsanwältinnen geantwortet, daß wir kein Interesse an der gewünschten Aussprache haben. Trotzdem haben uns die Herren nicht verklagt.

Wir sind in letzter Zeit durch Zufall über die Vorgänge beim Bedaur-System unterrichtet worden. Wir möchten unsere Kenntnisse der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Vor allem ist erwähnenswert, daß die Bedaur-Gesellschaft oder die Betriebsleitungen, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangenen Teilnehmer in das Angestelltenverhältnis überführen. Diese Teilnehmer müssen dann einen Revers unterschreiben, daß sie weder der Arbeiterschaft noch den Betriebsräten oder anderen Personen Mitteilungen über das Zustandekommen des Bedaurwertes machen dürfen. Daraus ergibt sich, daß die Geheimnisse der Bedaur-Gesellschaft nur bekannt werden können, wenn Teilnehmer aus dem Betrieb entlassen sind, oder aber wenn sie bereit sind, ihre Stellung aufzugeben. Durch diese Tattsache ist bewiesen, daß das Bedaur-System nicht mit lauterer Mitteln arbeitet. Es ist aber auch feststehend, daß die Bedaur-Gesellschaft nur durch Protektion ihres Vorsitzenden, Herrn Generaldirektors Tischbein, in die Betriebe hineinkommt. „Der Arbeitgeber“, also das offizielle Organ der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, schreibt in der Nummer vom 1. Oktober, daß das Bedaur-System nicht durchsichtig ist und von den Unternehmern abgelehnt wird.

Welch ungeheure Anstrengungen die Bedaur-Gesellschaft macht, um in den Betrieben Eingang zu finden, geht daraus hervor, daß man Herrn Privatdozent Dr. Bramesfeld von Darmstadt, der sich in „Reichsarbeitsblatt“ ablehnend über das Bedaur-System geäußert hat, nach Hannover zitierte, um das Bedaur-System an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen. Die Direktion der Conti teilt uns mit, daß Herr Dr. Bramesfeld schriftlich niedergelegt hat, daß er seine ablehnende Haltung gegenüber dem Bedaur-System durch eigene Anschauungen geändert hat, und daß er die Direktion der Conti bevollmächtigt hat, von diesem Schriftstück Gebrauch zu machen. Wir haben auf die Vorlage dieses Schriftstückes verzichtet, zweifeln aber nicht an dessen Vorhandensein. Es stimmt ganz mit unserer Erfahrung überein, daß selbst ein ernst zu nehmender Arbeitswissenschaftler, wie es Herr Dr. Bramesfeld ist, durch die Redegewandtheit der Bedaur-Ingenieure und durch die Überfülle des nicht nachzukontrollierenden Materials in den Betrieben verfehlt werden konnte, daß das Bedaur-System eine ansässige wissenschaftliche Arbeits- und Entlohnungsmethode darstellt. Wir wissen, daß das nicht zutrifft und werden in einigen folgenden Aufsätzen den Nachweis für diese Behauptung erbringen. An Hand unwillkürlicher Materials sind wir in der Lage, die Öffentlichkeit über das schlimmste aller Lohnsysteme zu unterrichten. Aber nicht nur für die Arbeiter ist das Bedaur-System unbrauchbar, sondern auch für die deutsche Wirtschaft.

Wo das Bedaur-System eingeführt wird, muß die Lohnabteilung, die sich dann Bedaurabteilung nennt, ganz gewaltig ausgebaut werden, so daß die eingeparteten Lohngehälter zum Teil dort wieder verloren gehen. Außerdem müssen für jeden Bedaur-Ingenieur, solange er im Betrieb ist, pro Stunde 30 Mk. entrichtet werden. Diese Tatsache entspricht nicht nur unserer Erfahrung, sondern ist im Tatbestand eines Urteils des Arbeitsgerichtes Hannover festgelegt, worin es heißt, daß der Firma durch die Arbeit der Bedaur-Ingenieure eine wöchentliche Ausgabe von 6000 Mk. entstanden ist. In diesem Betrieb waren vier Bedaur-Ingenieure tätig. Außerdem müssen von den bedaurisierten Betrieben dauernd erhebliche Ausgaben an die Bedaur-Gesellschaft geleistet werden. Dieses Geld fließt, soweit es nicht zum Unterhalt der deutschen Gesellschaft notwendig ist, restlos nach Amerika ab. Aber zu allem Überdruß muß noch festgestellt werden, daß die Betriebsleitungen durch Einführung des Bedaur-Systems eine Verschlechterung der Qualität des Arbeitsproduktes erblicken, was aus einem Schreiben, das in einem der nächsten Aufsätze zur Veröffentlichung kommt, einwandfrei hervorgeht. Im Interesse unserer Kollegen liegt es, diese Aufsätze sehr aufmerksam zu verfolgen. Das Bedaur-System hat aber nicht nur Eingang in der Gummi- und Linoleumindustrie gefunden, sondern auch die Metallindustrie und andere Branchen sind schon einzeln damit beglückt worden. Das Material, das den Schleier des Bedaur-Geheimnisses lüften wird, ist auch für andere Gewerkschaften außerordentlich aktuell.

Papier-Industrie

Lohntheorie und Lohnpolitik.

Der Verband Badischer Papierindustrieller hat sich einen Vortrag halten lassen. Der Name des Vortragenden wird schamhaft verschwiegen. Aber den Vortrag selbst berichtet unter der Überschrift: „Der Irrglaube der gewerkschaftlichen Lohntheorie und seine Überwindung durch das Unternehmertum“ im Wochenblatt für Papierfabrikation, Nr. 28, Jahrgang 1930, Herr A. Lampe.

Wenn diese Berichterstattung sachlich richtig ist, hat der unbekannte Referent zunächst den Satz geprägt, daß „das Unternehmertum praktisch allein an der Lohnpolitik der Gewerkschaften interessiert ist“. Diese Auffassung ist logisch unrichtig. Man kann zu ihr nur kommen, wenn man im Arbeitnehmer nur ein lebendes Mittel innerhalb des Produktionsprozesses sieht, nicht aber gleichzeitig beachtet, daß der

Arbeitnehmer auch noch Konsument, also-Verbraucher ist. Aber selbst bei dem von dem Vortragenden anscheinend angenommenen einseitigen Produzentenstandpunkt ist diese Auffassung auch dann noch irrig, wenn man den kleinsten Einzelhändler, der keine Arbeitskräfte beschäftigt, als Unternehmer ansehen wollte. Der Vortragende hat vollständig außer acht gelassen, daß auch der Staat, der bekanntlich die Lohnsteuer prozentual vom Einkommen des Arbeitnehmers erhebt, aus rein finanziellen Gründen ebenso an der Lohnpolitik der Gewerkschaften interessiert ist wie die sozialpolitischen Institutionen (Arbeitslosenversicherung, Krankenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherung usw.), die ihre Beiträge gleichfalls von der Lohnhöhe abhängig machen.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Lohntheorie soll der Vortragende hervorgehoben haben, daß diese nur dann für das Unternehmertum von Bedeutung wäre, wenn die Lohnpolitik der Gewerkschaften aus dieser Lohntheorie abgeleitet würde. Nach dem Bericht bringt der Vortragende keine Beweise dafür, daß dieses nicht der Fall ist, sondern er behauptet nur, daß die gewerkschaftliche Lohntheorie eine „Wunschtheorie“ sei und infolgedessen einen nicht mit Verstandargumenten widerlegbaren Irrglauben darstelle. Diese angebliche „Wunschtheorie“ mit Vernunftgründen zu widerlegen, würde Aufgabe des Unternehmertums sein. Da der Vortragende aber selbst erklärt, daß zu dieser Widerlegung dem Unternehmertum „Verstandargumente“ nicht zur Verfügung stehen, so stellt er nicht nur sich selbst, sondern dem gesamten deutschen Unternehmertum ein gerade nicht begründbares Armutszugnis aus. Dieses Armutszugnis sieht um so schlimmer aus, als der Vortragende weiter erklärt haben soll, daß „die Unternehmer sich intensiv um die Kritik an der gewerkschaftlichen Lohntheorie bemüht haben und darüber die allein wichtige Aufgabe einer unmittelbaren Beeinflussung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik vernachlässigten“.

Der Vortragende hält dieses Versäumnis für bedenklich, weil die Grundgedanken der gewerkschaftlichen Lohntheorie unter dem Druck der gegen sie aufgebotenen Verstandargumente eine Wandlung erfahren haben, die einem völligen Frontwechsel in der Einstellung der Gewerkschaften zur bestehenden Wirtschaftsordnung immer näher kommt. Wir finden in diesen Ausführungen einen Widerspruch mit der vorher vertretenen Auffassung. Entweder die Wunschtheorie der Gewerkschaften ist mit „Verstandargumenten“ nicht widerlegbar, dann kann sie unter dem Druck der gegen sie aufgebotenen „Verstandargumente“ keine Wandlung erfahren haben. Hier liegt entweder ein Denkfehler des Referenten vor, oder der Berichterstatter ist einer logischen Wiedergabe des Vortrages nicht gewachsen. Im übrigen ist uns nicht bekannt, daß die Einstellung der freien Gewerkschaften zur bestehenden Wirtschaftsordnung einen Frontwechsel erfahren hat; es mag dieses auf andere Gewerkschaftsrichtungen zutreffen. In dieser Frage war die Einstellung der freien Gewerkschaften zu dem heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem schon immer klar umrissen. Das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem wurde von uns stets als Ausbeutungssystem im schärfsten Art verurteilt. Diese Verurteilung schloß selbstverständlich nie aus, daß wir auf dem Wege der Verhandlung und des Tarifvertrages versucht haben, zugunsten der Arbeitnehmer die schlimmsten Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu mildern. Infolgedessen dürfte es dem Vortragenden auch sehr schwer fallen, eine Neugestaltung der Lohnpolitik der freien Gewerkschaften festzustellen, da wir wirklich nicht gewillt sind, uns unsere Lohnpolitik von irgendeinem kapitalistischen Söldling vorzeichnen zu lassen.

Der Vortragende versuchte dann, die gewerkschaftliche Lohntheorie in vier Etappen aufzuteilen. In der ersten Etappe, behauptet er, sei die gewerkschaftliche Lohntheorie geradezu „wirtschaftsfeindlich“ gewesen, trotzdem die gewerkschaftliche Lohnpolitik, die die gewerkschaftliche Lohntheorie verteidigt, sich tatsächlich „wirtschaftsfördernd“ ausgewirkt habe. Auch hier läßt es der Vortragende bei leeren Behauptungen bestehen. Die gewerkschaftliche Lohntheorie wird dann von ihm abermals unterteilt. In der gewerkschaftlichen Behauptung, daß die Erhöhung der Löhne die Wirtschaft fördert, gehört erstens die naive, gewerkschaftliche Lohntheorie, die aus der Lohnerhöhung unmittelbar auf Gesamtkaufkraft schließt, und zweitens die verfeinerte gewerkschaftliche Lohntheorie, die sich durch die Erkenntnis auszeichnet, daß eine Erhöhung des Gesamteinkommens nicht ohne Leistungsteigerung erreichbar sei.

Was ist nicht bekannt, daß niemals von den Gewerkschaften die Behauptung aufgestellt wurde, daß Lohnerhöhungen schlechthin unmittelbar eine Gesamtkaufkraftsteigerung einschließen. Dagegen wurde von den Gewerkschaften behauptet, und zwar mit Recht, daß Lohnerhöhungen ein geeignetes Mittel sind, die Kaufkraft der von der Lohnerhöhung betroffenen Arbeitnehmer zu steigern, wenn diese Lohnerhöhungen nach altem kapitalistischem System nicht schon vorher oder nachher durch Preissteigerungen illusorisch gemacht werden. Die Gewerkschaften sind wirklich nicht so dumm, wie er zu wissen, daß Gesamtkaufkraftsteigerungen nur erreicht werden können durch Preissteigerungen unter Beibehaltung der alten Löhne, also durch Stärkung des Reallohneinkommens. Diesen und keinen anderen Standpunkt haben die Gewerkschaften bisher vertreten.

Der Vortragende soll dann seine von ihm erfundene verfeinerte gewerkschaftliche Lohntheorie in drei Spielarten aufgeteilt haben, und zwar:

- a) Leistungssteigerungen der Unternehmer durch Lohndruck allgemein heranzuführen;
- b) die Rationalisierung der Wirtschaft zu fördern durch Zusammenbruch der Schwachen unter Lohndruck mit nachfolgender Konzentration der Gewerkschaften bei den wirtschaftlicheren Betrieben und
- c) die Förderung der Wirtschaft infolge der Kaufkraftsteigerung zugunsten der breiten Massen zu erreichen durch verbesserte Beschäftigung der Industrie der Kaufkraftproduktion, die man ihren Produktionsapparat voll ausnützen kann und dabei durch Wirtschaftswachstum des Gesetzes der beschränkten Kosten in dem Stand gesetzt wird, die gesteigerten Lohnkosten zu tragen.

Dazu erlauben wir uns zu bemerken:

Zu a): Wir glauben kaum, daß es einen Gewerkschaftsfunktionär gibt, der jemals geglaubt hat, daß durch Lohndruck immer persönliche Leistungssteigerungen der Unternehmer herbeigeführt werden könnten. Bisher war es in der Wirtschaft anders. Die Vorbedingungen zur Leistungssteigerung, also die Rationalisierung der Betriebe, wurden nicht von Unternehmern, sondern von praktischen Technikern und tätigen Ingenieuren ausgeführt. Es waren also Angestellte der Wirtschaft, die bisher die Vorbedingungen zur Leistungssteigerung schufen. Nachdem diese Vorbedingungen erfüllt sind, waren es die Arbeiter, die die Leistungssteigerung vollbrachten. Aber auch da, wo die technischen Vorbedingungen nicht erfüllt wurden, sind in außerordentlich vielen Fällen durch ein raffiniertes Antreiber-system erhebliche Leistungssteigerungen erzielt worden. Nur in wenigen Fällen dürfte es unter den Unternehmern — die Handwerksmeister mit eingerechnet — „weiße Raben“ gegeben haben, die sich praktisch an diesen Produktionssteigerungen persönlich mit beteiligt haben. Der weitaus größte Teil der deutschen Unternehmer hat die Leistungssteigerungen den Arbeitern und Angestellten überlassen und nur die finanziellen Erfolge dieser Leistungssteigerungen mühselos in die Tasche gesteckt.

Zu b) ist zu sagen, daß den Zusammenbruch der „Schwachen“ die Gewerkschaften wirklich nicht zu besorgen brauchen; dafür sorgt die Konzentration des Kapitals und die von dem Unternehmertum, einschließlich der Bankkönige, gegründeten Konzerne und großen Aktiengesellschaften. Es liegt ja auch im Wesen des Kapitalismus, daß der Große den Kleinen vernichtet, um eine angenehmere Existenz führen zu können. Dieser Vernichtungsprozeß wird in unserem Zeitalter noch begünstigt durch die wirtschaftliche und politische Blindheit der Kleinen.

Zu c): Dem Vortragenden scheint nicht bekannt zu sein, daß es besonders in der durchrationalisierten Großindustrie eine ganze Reihe Werke gibt, die ihre Betriebskapazität nur mangelhaft ausnützen, infolgedessen Leerlauf haben und dadurch trotz Rationalisierung verfeuert produzieren. Wenn hierzu die Gewerkschaften verlangen, daß durch Senkung der Preise und, soweit möglich, durch Erhöhung der Löhne die Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenmassen gestärkt wird, um mehr Erzeugnisse kaufen zu können, und wenn dann dieser dadurch erzielte Mehrertrag der Massengüter zur vollen Ausnutzung der Betriebe und damit zur Produktionsverbilligung führt, so ist diese Theorie nicht nur logisch richtig, sondern auch volkswirtschaftlich vertretbar.

G. Stähler.

Verschiedene Industrien

Lohn- und Tarifabbau in der Kunstblumenindustrie.

Die Forderung nach Lohn- und Tarifabbau ist in den Kreisen kurzfristiger Unternehmer und deren Vertreter Mode geworden. In diesen Kreisen sind zweifellos auch die Scharfmacher extremster und gemäßigter Art zu finden. Die Begründungen zum geforderten Lohn- und Tarifabbau haben neben der einseitigen Lügenparole „Ankurbelung der Wirtschaft“ auch ab und zu zusätzliche Abweichungen zu verzeichnen. Solche Abweichungen sollen dem Arbeitnehmer höchstwahrscheinlich die Unternehmerforderungen geschmackvoller erscheinen lassen. Erzeugte Panikstimmung ist in der Regel die Grundlage der Lohn- und Tarifabbau begründungen.

Auch in der sächsischen Kunstblumenindustrie haben die Unternehmer drei Tarife gekündigt. Bei Wiederherstellung eines Tarifvertragsverhältnisses wird von den Unternehmern verlangt: Abbau der Ansprüche aus den Rahmen-tarifen, insbesondere Abbau des Urlaubs und bei den Lohn-tarifen eine 7%, eine 12- und eine 16prozentige Lohnsenkung. Begründet wurden die Forderungen mit der angeblich „über-großen Konkurrenz“ der böhmischen (Tschechoslowakei) Kunstblumenindustrie, die jedoch in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist.

Hier liegt ein Fall von zusätzlicher Begründung vor. Aber die Begründung stimmt nicht. Sie lebt nur in der Einbildung einiger Blumenfabrikanten oder ihrer Vertreter. Uns liegt ein Originalbericht aus dem nordböhmisches Kunstblumen-produktionsgebiet vor. Er ist veröffentlicht in Heft 39 der Zeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration“ vom 27. September 1930. Dieser Bericht triff die Unter-nehmerbegründungen zur Lohn- und Tarifabbauforderung Lügen. Wir lassen den Bericht folgen:

Von der Kunstblumenindustrie in der Tschechoslowakei. (Originalbericht.)

Die im politischen Bezirk Schönbach zentralisierte Kunstblumenindustrie beschäftigt in normalen Zeiten in etwa 120 Er-zugungsbetrieben 3000 Arbeiter und 5000 Heimarbeiter. Die Aus-kehr betrug im Jahre 1929 insgesamt rund 500 Doppelcentner im Werte von rund 36 Millionen Tschechosloven. Hauptexport-länder sind England und Amerika, die fast 50 Prozent der Aus-kehr ausmachen. Seit 1923 ist leider ein ständiger Rückgang der Ver-kaufe festzustellen, der sich um so mehr zu einer bisher nicht beobachteten Krise ausgewirkt hat, als das ebenfalls in Mit-leidenschaft gezogene, nicht schwerwiegende Inlandgeschäft nur für einige besonders darauf eingestellte Unternehmungen in Frage kommt. Der Grund für diese Krise ist bekanntlich in der Hauptsache auf die Veränderung der Moden zurück-zuführen, indem infolge der meist sportartigen Bekleidung sowohl die Hut- als auch die Anstecknadeln keiner regen Nachfrage mehr begegnen. Abgesehen von den hohen Einzelpreisen in den einzelnen Überseegebieten haben sich in England und Amerika eine Menge selbständiger Fachbetriebe niedergelassen, die früher aus Deutschland oder der Tschechoslowakei Spezialartikel importierten, während jetzt nur noch nach billigeren Massen-artikeln Nachfrage herrscht. Amerikanische Großhändler, welche drüber selbst Blumenfabriken unterhalten, spielen auf dem dortigen Markt eine große Rolle und versuchen preisdrückend zu wirken. Das alles hat zur Folge, daß im Jahre 1929 der Kaufkraftabbau der Tschechoslowakei beträchtlich erheblich zurückging, daß in Verbindung mit hochgradiger Geschäftslosigkeit der größte Teil der Arbeiter entlassen werden mußte. Ihre Zahl nahm drastisch ab, daß für sie durch parlamentarische Inter-ventionen finanzielle Beihilfen in Anspruch genommen werden mußte, da eine Arbeitslosenversicherung wie im Deutschen Reich nicht besteht und den besonders betroffenen Grenzgemeinden aus-reichende Mittel zur Unterhaltung so zahlreicher wachsender Einwohner nicht zur Verfügung stehen.

Der Bericht läßt erkennen, daß die Verhältnisse in der nordböhmisches Kunstblumenindustrie nicht besser sind als in der deutschen „Kunstblume“, eher noch schlechter. Eine stich-bare Konkurrenz, die nur durch Lohnabbau in der eigenen Industrie bekämpft werden kann, ist von uns nicht zu erkennen.

Im Zusammenhange mit dem oben wiedergegebenen Bericht veröffentlichen die „Mitteilungen des deutschen Hauptverbandes der Industrie“ folgende Darlegungen des Verbandes der Fabrikanten von Kunstblumen, künstlichen Blättern und verwandten Artikeln in der tschechoslowakischen Republik, die Niedereinsiedel:

„In früheren Jahren ließen sich fallweise auftretende Krisen dadurch überbrücken, daß die Unternehmer einfach Lagerposten fertigstellen ließen, welche sodann in der neu beginnenden Saison meistens wieder Absatz fanden. Heute ist dies leider nicht mehr möglich, weil der Fabrikant derartig hohe Regiespesen und Unkosten nicht mehr aufbringen kann und andererseits Lager-ware nur sehr schwer und nur zu unterpreisen einen Käufer findet. Auch in unseren Industriezweigen merkt man deutlich, daß die hohen Abgaben an Steuern, Versicherungsbeiträge usw. das flüssige und zu einem guten Geschäftsbetriebe unbedingt nötige Betriebskapital aufzehrt haben. Erforderliche Bankkredite erschweren jedoch durch die Zinsenlast an und für sich jedes Geschäft und machen einen konkurrenzfähigen Wettbewerb unmöglich.“

Dem ist hinzuzufügen, daß die Höhe der Zinsen für Kredite in der Tschechoslowakei ein ständiges Kapitel der Beschwerden bildet. Daneben spielen auch die Klagen über die hohen tschechoslowakischen Einfuhrzölle auf die benötigten ausländischen Rohstoffe eine bedeutende Rolle. Im Rahmen der hochschätz-jährlichen Tendenzen der Tschechoslowakei ist es aber pro-blematisch, eine Besserung in dieser Richtung einerseits und andererseits, etwa im Wege günstiger Handelsverträge, den Abbau der hohen Zölle auf Kunstblumen in den fremden Staaten zu erwarten.“

Auch dieser Bericht läßt erkennen, daß die Produktions-verhältnisse in der böhmischen Kunstblumenindustrie nicht günstiger liegen als in der deutschen.

Nun wird von Unternehmenseite in der Hauptsache auf niedrige Löhne in der Tschechoslowakei hingewiesen. Wie steht es damit? Es ist zwar richtig, daß die Stunden- und Akkordlöhne in der Tschechoslowakei in einigen Fällen etwas unter die deutschen Kunstblumenlöhne zu stehen kommen. Es ist aber bewiesen, daß deshalb der Unternehmer der böhmischen Kunstblumenindustrie nicht billiger produzieren kann. Er muß seine Rohstoffe aus Deutschland beziehen und auf denselben liegt ein angemessener Schutzoll. Auf Grund dieses Zolles ist mehr als der Ausgleich geschaffen. Diese Tatsache wird in der Regel von den Unternehmern verschwiegen. Es entsteht also auch durch den Lohnunterschied keine übergroße Konkurrenz in der böhmischen Kunstblumenindustrie. Die Begründungen der Unternehmer müssen wir deshalb als nicht den Tatsachen entsprechend ablehnen.

Das Hauptargument der sächsischen Kunstblumen-fabrikanten zur Begründung ihres Lohn- und Tarifabbau-antrages hat vier gebrochene Läufe. Es muß deshalb als nicht benutzbar liegen bleiben. Wenn das Hauptargument nicht Stich hält, dann zurück zur allgemeinen Lügenparole „Ankurbelung der Wirtschaft“. Aber auch hier steht es böse mit einer stichhaltigen Begründung aus. Und das trotz der bekannten Zitate aus Stegerwalds Reden und Artikeln. Es ist schon so, wie der amerikanische Arbeitsminister Davis in einem seiner Jahresberichte zum Ausdruck brachte:

„Der Unternehmer, der die Löhne herabsetzt, sei es aus egoistischen Gründen, oder weil er denkt, es sei eine gute Geschäftspraxis, ist kein guter Geschäftsmann und arbeitet gegen sich selbst.“

In seinen weiteren Ausführungen kommt Davis zum Schluß, indem er ausruft: „Um es offen zu sagen, er begeht damit einen Diebstahl an der Allgemeinheit.“ Damit meint Davis den Unternehmer. Also niedrige Löhne sind Diebstahl, das sollten sich auch die Unternehmer aus der Kunstblumen-industrie einprägen.

H. Elstein.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Anrechnung von Krisenunterstützung auf Arbeitslosenunterstützung.

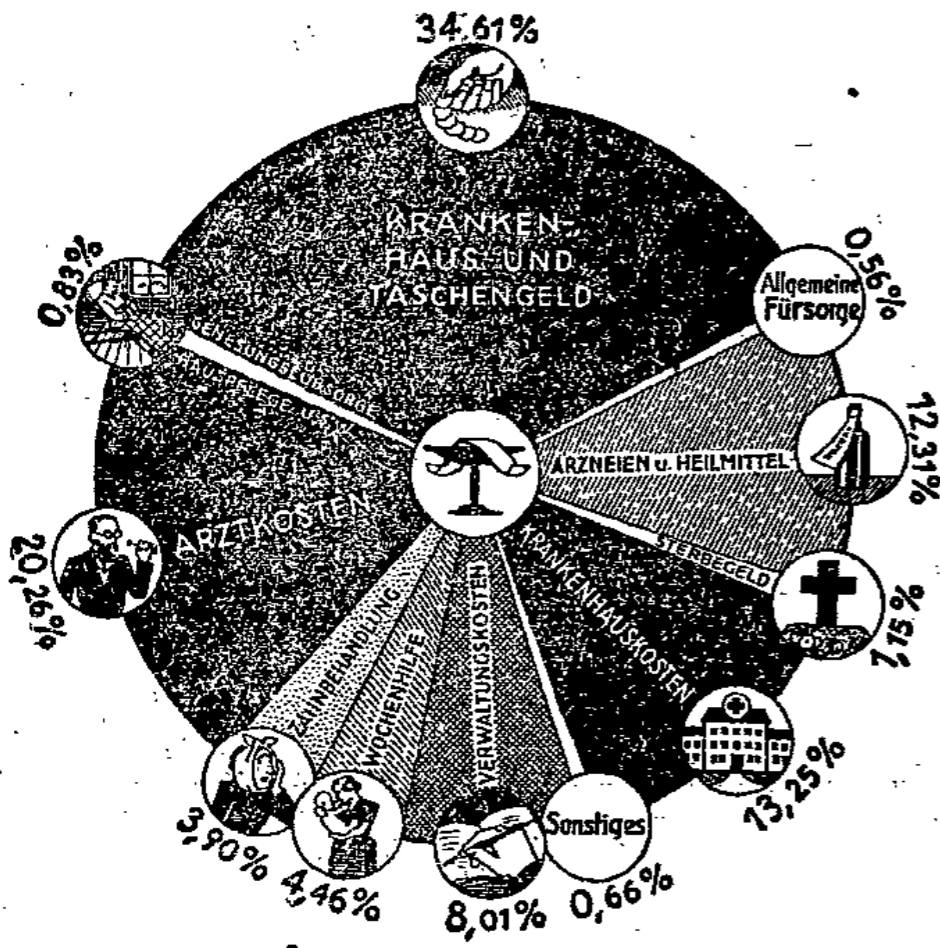
Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat bekanntlich ein-schneidende Änderungen in der Arbeitslosenversicherung gebracht. Eine dieser Änderungen oder Verschlechterungen ist leider in der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, so daß auf sie einmal kurz eingegangen sei.

Nach § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes können Arbeitslose, die die Anwartschaft zum Erhalt der Arbeits-lofenunterstützung noch nicht erfüllt haben, Krisenunterstützung beziehen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die Anwartschaft zur Arbeitslosenunterstützung 52 bzw. 26 Wochen beträgt. Neben anderen Voraussetzungen ist zum Erhalt der Krisenunterstützung notwendig, daß der Arbeitslose mindestens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Findet dann der Arbeitslose wieder Beschäftigung, so kann er nach Anhören derselben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, und zwar dann, wenn sich aus dieser Beschäftigung und der Beschäftigungszeit vor dem Erhalt der Krisenunterstützung die Anwartschaftszeit zur Arbeitslosenversicherung ergibt. Dies soll angeblich nach der Meinung der Gesetzgeber ein Mißstand sein; dieser ist nun auch durch die oben erwähnte Verordnung abgeschafft worden. In der Begründung zum Entwurf der Notverordnung heißt es hierüber erläuternd: „Es ist nun ein verhältnismäßig häufiger Fall, daß ein Arbeitsloser zunächst nur eine Anwartschaftszeit von 13 Wochen nachweisen kann, daraufhin Krisenunterstützung bezieht und im Anschluß daran wieder so lange eine ver-sicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, daß er zusammen mit den Beschäftigungszeiten, die vor der Krisenunterstützung liegen, die Anwartschaftszeit von 26 oder 52 Wochen erfüllt hat, die nach § 95 für die versicherungsmäßige Arbeitslofenunterstützung vorgeschrieben ist. In einem solchen Falle ist der Arbeitslose berechtigt, die versicherungsmäßige Unter-stützung zu beziehen, ungeachtet des Umstandes, daß er die versicherungspflichtige Beschäftigung, die vor der Krisen-unterstützung lag, bereits für die Anwartschaft auf die Krisenunterstützung benutzt hat. Es kann dann vorkommen, daß mit Hilfe ein und derselben Anwartschaftszeit von 26 Wochen zunächst für 26 Wochen Krisenunterstützung, dann

für 26 Wochen versicherungsmäßige Unterstützung und schließlich wieder für 39 Wochen Krisenunterstützung bezogen wird. Einer Beschäftigungszeit von 26 Wochen steht in solchen Fällen eine Unterstützungszeit von 91 Wochen, also von dreieinhalbfacher Dauer gegenüber. Handelt es sich um Arbeitnehmer, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, so kann die Dauer der Krisenunterstützung noch um 13 Wochen verlängert werden, so daß sich eine Gesamtdauer der Unterstützung von 104 Wochen, also dem Vierfachen der Anwartschaftszeit, ergibt. Bei einem Beitragsfuß von 3 1/2 v. H. des Arbeitsentgeltes beträgt die Summe der Unterstützungen, die der Arbeitslose auf diese Weise, wenn auch überwiegend aus öffentlichen Mitteln, erhält, im ersteren Falle rund das Fünfundvierzigfache der Beiträge, die für denselben eingezahlt worden sind, im letzteren Falle mehr als das Fünzigfache."

Diese Begründung führte dazu, daß folgende Bestimmung geschaffen wurde: „Ist einem Arbeitslosen Krisenunterstützung nach § 101 Abs. 2 Nr. 1 gewährt worden, so mindert sich die Höchstdauer seiner versicherungsmäßigen Unterstützung um die Zahl der Tage, für die er die Krisenunterstützung bezogen hat, sofern die Anwartschaftszeit, auf Grund deren er die Krisenunterstützung bezogen hat, für die Anwartschaft auf die versicherungsmäßige Unterstützung ganz oder teilweise benötigt wird.“ Es findet demnach eine Anrechnung der Zeit der Krisenunterstützung auf die Zeitdauer der Arbeitslosenunterstützung statt. Es kann und darf dies jedoch nicht immer geschehen. Die Anrechnung ist vielmehr nach dem Wortlaut des Gesetzes nur dann statthaft, wenn für die Anwartschaftszeit zur regulären Arbeitslosenunterstützung die Anwartschaftszeit, die zur Krisenunterstützung führte, mit berücksichtigt werden muß und berücksichtigt wurde. Ist dies nicht der Fall, darf eine Anrechnung nicht stattfinden. Kl.—3.

Aus dem Jahrbuch der Krankenversicherung 1929.



Anteil der einzelnen Posten an der Gesamtansgabe der Krankenkassen.

Was versteht man unter Teil-Alt?

Eine wichtige Frage aus dem Arbeitslosenversicherungsrecht, die jeden Arbeitnehmer angeht.

Von Lorenz Popp (Hannover).

Alt ist die Abkürzung von Arbeitslosenunterstützung. Teil-Alt ist die abgekürzte Bezeichnung für Teilarbeitslosenunterstützung.

Die Teilarbeitslosenunterstützung (Teil-Alt) ist ein „Geschenk“ der Notverordnung zur Arbeitslosenversicherung. Sie ist mit der Einfügung des § 105a zu einem sehr unerfreulichen Bestandteil des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und damit des Arbeitslosenversicherungsrechts geworden.

Zwar ist nach der sozialen Seite hin schon mit Recht manche heftige Kritik an dem neuen § 105a geübt worden, denn die Bestimmungen stellen den Kern der Verschlechterungen dar, die die Notverordnung in bezug auf die Arbeitslosenversicherung gebracht hat. Aber nach der rechtlichen Seite sind zu dem eingefügten § 105a einige aufklärende Bemerkungen notwendig, da hierüber noch manche Unklarheit bei den Versicherten besteht.

Um den rechtlichen Charakter des § 105a voll verstehen zu können, sind zuerst einige Worte über den Erwerb der Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung vonnöten.

1. Wer erstmalig den Anspruch auf Alt stellt, kommt in den Genuß von Unterstützung, wenn er in den letzten zwei Jahren wenigstens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Die zwei Jahre müssen dem Tage unmittelbar vorausgehen, an dem sich der Arbeitslose bei dem zuständigen Arbeitsamt zum ersten Male arbeitslos meldet.

2. Wer später, nachdem er beim ersten Bezuge die volle Unterstützungsdauer von 26 Wochen erschöpft, wieder den Antrag auf Unterstützung stellt, hat für den abermaligen Unterstützungsbezug die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.

An diesen Bestimmungen über den Erwerb der Anwartschaft hat allerdings die Notverordnung nichts geändert. Wer die vorgeschriebene Anwartschaftszeit erreicht, bekommt nach wie vor 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung.

Der neue § 105a bringt jedoch folgende Regelung. Wir führen ihn im Wortlaut an:

„Arbeitslose der Lohnklasse 7 bis 11 erhalten Unterstützungssätze ihrer Klasse nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist. Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung statt nach den Sätzen der Klasse 7 nach der Klasse 6, statt nach den Sätzen der Klasse 8 nach der Klasse 7,

statt nach den Sätzen der Klassen 9 und 10 nach der Klasse 8, statt nach den Sätzen der Klasse 11 nach der Klasse 9. Die Familienzuschläge sind auch nach der Lohnklasse des § 105 zu gewähren.

Zeiten, die nach diesem Gesetz einer versicherungspflichtigen Beschäftigung für den Erwerb der Anwartschaft gleichstehen, stehen ihr auch für die Einstufung in die Lohnklasse nach Abs. 1 gleich.“

Hierzu ist nun zu bemerken: Von dem § 105 werden „nur“ die Arbeitnehmer betroffen, die den Lohnklassen 7 bis 11 angehören, also diejenigen, die mehr als 36 Mk. wöchentlich als Arbeitsentgelt beziehen. Bei den versicherungspflichtigen Arbeitnehmern, die mehr als 36 Mk. pro Woche verdienen, wird bei der Einstufung in die Lohnklasse (Höhe der Unterstützung) nunmehr die Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung in den Vordergrund gerückt.

Würde die vorhin unter eins und zwei genannte Anwartschaftszeit zurückgelegt, so ist damit noch nicht gesagt, daß man dann auch schon in den Genuß der vollen Unterstützungssätze gelangt. Um nun die vollen Unterstützungssätze beziehen zu können, ist jetzt notwendig, daß dem § 105a genügt ist.

Die Bestimmungen des § 105a sind erfüllt, wenn der Arbeitslose den Nachweis erbringen kann, daß er in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat, ohne daß ihm zwischen Beginn und Ende seiner Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist.

Ohne Verkürzung der Arbeitszeit

ist eine durchgreifende und dauernde Besserung der trostlosen Lage des Arbeitsmarktes nicht möglich. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche würde in einer Industrie, die z. B. 100 000 Leute beschäftigt, 800 000 Arbeitsstunden in der Woche für die Erwerbslosen freimachen. Es könnten also in diesem einen Industriezweig 20 000 neue Arbeitskräfte eingestellt werden. Auf 10 Millionen Vollbeschäftigte würde die 40-Stunden-Woche den Arbeitsmarkt um zwei Millionen Arbeitssuchende entlasten. Radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn ist eins der wirksamsten und sichersten Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern und der Wirtschaftskrise zu begegnen. Aber ohne starke Gewerkschaften ist die Durchführung dieser Forderung nicht möglich, ohne sie gibt es

keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit!

Wie ist dies im näheren zu verstehen?

Beispiel 1. Der Arbeiter A. meldet sich am 3. November 1930 erstmalig arbeitslos und kann eine 52wöchige versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten zwei Jahren vom Tage seiner Arbeitslosmeldung an nachweisen. Die 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung hat er erworben durch eine 13wöchige Beschäftigung in der Zeit vom 7. Januar 1929 bis 30. März 1929, durch eine 13wöchige Beschäftigung vom 3. Juni 1929 bis 21. September 1929 und durch eine 26wöchige Beschäftigung vom 5. Mai 1930 bis 1. November 1930.

Bekommt nun dieser arbeitslose Arbeiter A. die Voll- oder nur die Teilarbeitslosenunterstützung? Er erhält nur die Teil-Alt, da er in den letzten 18 Monaten vor der Arbeitslosmeldung nicht mindestens in einer 52wöchigen Beschäftigung gestanden hat; er kann in den letzten 18 Monaten nur eine versicherungspflichtige Beschäftigung von insgesamt 39 Wochen nachweisen. Hätte dagegen der arbeitslose A. in den letzten 18 Monaten vom Tage der Arbeitslosmeldung an zurückliegend 52 Wochen lang eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt, dann wären die Voraussetzungen des § 105a erfüllt gewesen und er hätte demzufolge auch Anspruch auf die volle Unterstützung gehabt.

Beispiel 2. Der Arbeiter B. meldet sich am 3. November 1930, nachdem er schon früher einmal 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, arbeitslos.

Nach dem Gesetz hat nur derjenige wieder Anspruch, der wiederum über eine 26wöchige versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 52 Wochen, vom Tage der neuen Arbeitslosmeldung, nachweisen kann. Der Arbeiter B. verfügt am 3. November 1930 nicht nur über eine 26wöchige, sondern sogar über eine 30wöchige versicherungspflichtige Beschäftigung, da er vom 7. April 1930 bis 1. November 1930 ununterbrochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.

Kommt nun der arbeitslose B. in den Genuß der Vollunterstützung? Nein! Auch er kann der Bestimmung des § 105a nicht genügen. So kann er nicht vom Tage seiner Arbeitslosmeldung in den letzten 18 Monaten eine mindestens 52wöchige versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen. Er verfügt nur über 30 Wochen.

Um also in den Genuß der Vollunterstützung zu kommen, muß man vom Tage der Arbeitslosmeldung zurückgerechnet in den letzten 18 Monaten mindestens über 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung verfügen; kann man dies nicht, so hat man nur einen Anspruch auf die Teil-Alt.

Hier sei der Vollständigkeit halber bemerkt: Bei der Berechnung der 52 versicherungspflichtigen Wochen, die in den letzten 18 Monaten erworben sein müssen, werden auch die Wochen der versicherungsfreien Beschäftigung, die nach dem Gesetz einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gleichgestellt sind, mitgerechnet.

Es ist nun noch folgendes festzuhalten: Nach § 105a genügt jedoch nicht allein, daß man 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 18 Monaten nachweisen kann. Zwischen Beginn und Ende der Beschäftigung darf auch kein Bezug von Arbeitslosenunterstützung liegen.

Beispiel: Ein Arbeiter meldet sich am 31. Dezember 1930 arbeitslos. Nun wird geprüft, ob er in den letzten 18 Monaten über 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung verfügt, die nicht durch Unterstützungsbezug unterbrochen wurden. Die 52 Wochen sind stets dann nicht durch Unterstützungsbezug unterbrochen, wenn der Arbeiter in den letzten 52 Wochen vor der Arbeitslosmeldung keine Unterstützung bezogen hat. Ist dies der Fall, dann werden die vollen Unterstützungssätze gezahlt. Die notwendigen 52 Wochen brauchen natürlich nicht zusammenhängen, sie können auch in Perioden in den letzten

18 Monaten erreicht werden, zwischen den Unterbrechungen darf jedoch kein Unterstützungsbezug liegen.

Würden die 52 Wochen in den letzten 12 Monaten der 18 Monate erreicht, dann bekommt der Arbeitslose die vollen Sätze, selbst wenn in den ersten sechs Monaten der letzten 18 Monate Zeiten liegen, in denen Unterstützung bezogen worden ist.

Anderes ist die Sachlage jedoch, wenn in den letzten 18 Monaten eine Unterstützungsperiode liegt, von deren Beendigung an keine 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung bis zur Arbeitslosmeldung mehr zustande kommen. In diesem Falle sind die 52 notwendigen ohne Unterstützungsbezug unterbrochenen Wochen nicht erreicht, und es kommt nur die Teil-Alt in Frage.

Wenn auch die mindestens 52wöchige Beschäftigungszeit in den letzten 18 Monaten zu liegen hat und nicht durch Unterstützungsbezug unterbrochen sein darf, so darf diese Beschäftigungszeit wohl durch Zeiten anderer Art, wie etwa Krankheit, versicherungsfreie Tätigkeit, selbständige Tätigkeit, Arbeitslosigkeit ohne Unterstützungsbezug unterbrochen sein. Erforderlich ist aber in diesen Fällen, daß nach wie vor 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 18 Monaten nachgewiesen werden können.

Im weiteren ist noch auf folgende Punkte aufmerksam zu machen: Der Arbeitslose, der sich die Vollunterstützung erworben und diese auch bezogen aber nicht erschöpft, weil er eine kurzfristige Beschäftigung angenommen hat, und dann erneut arbeitslos wird, erhält in diesem Falle die Vollunterstützung weiter. Erst wenn der Arbeitslose durch die erneute Beschäftigung eine neue Anwartschaft erworben, wenn er also wiederum mindestens 26 Wochen versicherungspflichtig beschäftigt war, ist von neuem zu prüfen, ob die höheren oder die niedrigen Sätze maßgebend sind.

Unbekannt darf auch nicht bleiben, daß die Familienzuschläge, auch wenn man nur Teil-Alt erhält, nach der Alt zu gewährt sind. Hat ein Arbeitsloser die Vorschrift des § 105a nicht erfüllt, und er gehört z. B. der Lohnklasse 7 an, so bekommt er die Hauptunterstützung nur nach der Lohnklasse 6, während er jedoch den Familienzuschlag nach der Lohnklasse 7 weiter erhält.

Zum Abschluß noch folgendes:

Der § 105a hat keine rückwirkende Kraft, da das Gesetz dieses nicht ausdrücklich ausspricht und im Zweifel bereits anerkannte Ansprüche von einer Gesetzesänderung unberührt bleiben. Dieses bedeutet also praktisch, daß sowohl alle diejenigen Unterstützungsempfänger, die sich beim Zeitpunkt des Inkrafttretens, also am 1. August 1930, in Unterstützung befanden, als auch alle diejenigen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Unterstützung bezogen haben, ohne ihren Anspruch zu erschöpfen, und die späterhin den alten Anspruch weiter ausschöpfen, von der Bestimmung des § 105a nicht betroffen werden. Anwendbar ist sie vielmehr nur auf diejenigen, die nach dem 1. August 1930 auf Grund einer neuerfüllten Anwartschaftszeit Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung stellen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Walter Schevenels,

Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

(IOB.) Die am 30. September in Amsterdam abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IOB.) hat den Genossen Walter Schevenels, der seit zirka einem Jahr im Sekretariat des IOB. als Unterssekretär tätig ist, zum Generalsekretär ernannt. Genosse Schevenels, der im Jahre 1894 geboren wurde und belgischer Nationalität ist, gehört einer Familie an, deren Name mit der frühesten Geschichte der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung verknüpft ist. So war der Großvater Schevenels Begründer und Mitglied der Brüsseler Sektion der Ersten Internationale. Auch sein Vater hat seit dem Jahre 1894 in der belgischen Gewerkschaftsbewegung verschiedene wichtige Stellen bekleidet. Heute ist er als permanenter Sekretär der Metallarbeiter-Föderation von Antwerpen tätig. Genosse Schevenels tritt an die Stelle des bisherigen Generalsekretärs Sassenbach, der seines hohen Alters wegen in den Ruhestand tritt.

Literarisches.

Protokoll der 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, abgehalten in Breslau vom 20. bis 24. Juli 1930. Herausgegeben vom Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, 5. Hansmann & Co., Bochum. Das Protokoll ist die beste Einführung in die Verbandspolitik der Bergarbeiter sowie die beste Information über den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im deutschen Bergbau. Auch die internationalen Bergbaufragen finden eine erschöpfende Behandlung. Von besonderem Wert ist ein Referat des Vorstehenden des IOB, Hermann Müller über die Reaktion in Wirtschaft und Sozialpolitik und das Referat von Zimmer, das jedem Klarheit bringen kann über die Frage: Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften. — Das gesondert ausgestellte Protokoll kostet im Buchhandel 2,30 Mk., für Mitglieder unseres Verbandes 1,75 Mk.

Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Ein Führer durch das neue Arbeitsnachweis- und Berufsberatungsgesetz von Friedrich Kleis, Bürgermeister in Albstadt. 3. Auflage (8. bis 10. Tausend). Verlag Friedrich A. Wöhrle, Leipzig C. 1. Königl. 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebelegungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Der Ratgeber erfüllt das dringende Bedürfnis der Praxis nach einer gemeinverständlichen Einführung.

Ratgeber für die öffentliche Fürsorge von Friedrich Kleis, Bürgermeister in Albstadt. 7. Auflage (22. bis 25. Tausend). Verlag Friedrich A. Wöhrle, Leipzig C. 1. Königl. 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebelegungen von 10 Stück an Ermäßigungen. Der bekannte Verfasser liefert einleitend die einzelnen Zweige der Knappschaftsversicherung. Die vorliegende 3. Auflage ist bis auf die neuesten Bestimmungen ergänzt.

Ratgeber für die Invalidenversicherung von Friedrich Otmann, Kontrollinspektor. 6. Auflage von Wöhrle'schlagersheim. 16. Auflage (111. bis 113. Tausend). 43 Seiten. Verlag Friedrich A. Wöhrle, Leipzig C. 1. Königl. 26 B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebelegungen von 10 Stück an Ermäßigungen. In anschaulicher Weise werden die verschiedenen Arten der Versicherung, die Beitragszahlung und die Leistungen erörtert.

Dr. Adam Säuner: „Das Schlichtungsproblem als sozialpolitisches Problem“. Schriftreihe des Gesamtverbandes Nr. 2. Verlagsgesellschaft „Contour“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin SO 16, Friedrichshagen 4. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 0,60 Mk.; durch Buchhandel 1 Mk. Das Schlichtungsproblem ist eine sozialpolitische Aufgabe. Dies ist der Grundgedanke der interessanten und gründlichen Arbeit Säuners. Säuner zeigt, wie die Fragen des Schlichtungsproblems im Zusammenhang mit den allgemeinen Entwicklungsfragen des kapitalistischen Systems gelöst werden müssen, wie insbesondere im organisierten Kapitalismus die Frage der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine ganz neue Gestalt gewinnt. Der Verfasser vertritt seinen Standpunkt mit Leidenschaft und Eifer und packt die Probleme mit jugendlicher Frische an, wodurch die Lektüre des Buches anregend und heilsam jugendlich wirkt.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Begründer der ersten Sozialistenschule.

Zum 170. Geburtstag Saint-Simons.

Große Ideen werfen, ebenso wie große Ereignisse, ihre Schatten voraus. Sie verkörpern sich in Persönlichkeiten, die Erkenntnisse und Ideale späterer Entwicklungsstufen vorwegnehmen, freilich mit den Beschränkungen ihres Milieus und ihrer Zeit. Eine solche Persönlichkeit war auch Claude Henri Graf von Saint-Simon, der Begründer der ersten Sozialistenschule.

Er war am 17. Oktober 1760 in Paris geboren. Einer seiner Oheime war jener berühmte Louis de Rouvroy, Herzog von Saint-Simon, der Lactius des französischen Königtums, der sittenstrenge Schilder der damaligen politischen und ethischen Korruption. Den jungen Claude Henri unterrichtete der berühmte Philosoph d'Alembert im Geiste der Enzyklopädisten. Der Neunjährige nahm an Befreiungskämpfen der nordamerikanischen Kolonien teil, wie so viele junge Edelente Frankreichs. Damals schon, als er unter Washington focht, zeigte er die Fähigkeit zur Konzeption großer Pläne: er wollte den Golf von Mexiko und den Stillen Ozean durch einen Kanal verbinden. Unnötig zu sagen, daß dieser Plan unmangsfähig blieb, nicht einmal recht beachtet, aber über 100 Jahre später im Panama-Kanal verwirklicht wurde.



Während der großen Revolution spekulierte Saint-Simon in Nationalgütern. Aber in den Händen des philosophischen Grafen hielt das Vermögen, das er hierbei gemann, nicht allzulange vor. Begreiflich, fallen in diese Zeit doch hochfliegende Pläne über die Erneuerung der Wissenschaften und die soziale Frage, niedergelegt in zahlreichen Schriften, die er mit großen Opfern drucken ließ. Den Lebensmittelmangel gerann Saint-Simon zuerst durch eine kleine Zeitschrift, im höchsten Leihhause, die er aber bald aufgab, um ganz seinem Denken und Grübeln zu leben. Einer seiner ehemaligen Diener, wohlhabend geworden, nahm sich des Grafen an und unterstützte ihn reichlich. Es spricht dies gleichermäÙe für diesen Mann, dem die Persönlichkeit Saint-Simons einen gewaltigen und dauernden Eindruck gemacht haben muß, wie für diesen selbst.

Seine ersten Schriften fanden wenig Beachtung. Dies änderte sich aber, als er 1814 sein Hauptwerk „Die Reorganisation der europäischen Gesellschaft“ herausgab. Dies Buch, in dem er entschieden die Interessen der Arbeiterklasse vertrat, machte Aufsehen, warb ihm Freunde — und diese nahmen sich des Älteren an, als er nach Dards Tode ins Elend geriet.

1820 erschien ein größeres Buch: „Der Organisator“, und in diesem stand der unerhörte Kühne Satz, daß Frankreich durch den Tod von 10000 Arbeitern mehr verlieren würde, als wenn ebenso viele Beamte und sämtliche Mitglieder des Königshauses starben.

In dem darauffolgenden Prozeß wurde er freigesprochen. Im nächsten Jahre erscheint sein „Système industriel“ in drei Bänden, dessen Tendenz aus seinem Motto klar wird: „Ich schreibe für die Industriellen gegen die Höflinge und Adligen, d. h. ich schreibe für die Wiener gegen die Hummeln.“ Viele junge tüchtige Männer schloßen sich eng an Saint-Simon an; begreiflich in einem Lande wie Frankreich, in dem der Geist von 1789 wie Funken unter der Asche glüht. In diesen Schülern zählten Thierry, Halévy und Comte.

Aber Saint-Simon erkannte klar die derzeitige Erfolglosigkeit der Bestrebungen, denen er den besten Teil seines Lebens geweiht hatte. Diese Enttäuschung und äußere Not machten den Kreis lebensfähig. Bei einem Selbstmordversuch verlor der Arme aber nur des Jünglings, nicht das Leben. Von diesem erlöste ihn erst am 19. Mai 1825 der Tod in seiner Geburtsstadt Paris.

Soziale Reformen auf Grund des Prinzips der Brüderliebe, und zwar durch eine Organisation auf religiös-hierarchischer Basis: das ist der Grundgedanke seiner Reformpläne. Saint-Simon, bei aller Phantastik ein genialer Kopf, hat die Abel der damaligen Gesellschaftsordnung richtig erkannt, doch nicht ihre wahren Ursachen und Folgen. Dies zu tun, blieb einem anderen vorbehalten, als dessen Vorläufer in gewissem Sinne er angesehen wird: dem Geistesheroen Karl Marx, der der Welt die vollendete Lehre des höherbestrebenden Sozialismus geschenkt hat.

Ein „st. nehmes“ Hochzeitsgeschenk.

Mr. John Walker, Leiter eines industriellen Unternehmens in Chicago, verlobte sich mit einem schönen, aber unvernünftigen Mädchen. Die Braut wollte sich für den Verlobungsring und andere Geschenke erkennen und beschloß, das kostbarste Objekt, das sie besaß, einem besonders gut abgerichteten Papagei, ihrem Verlobten zu verehren. Am frühen Morgen erschien die Haushälterin der Braut in der Wohnung des Verlobten und überreichte demselben das Angehende. Der glückliche Bräutigam befestigte den Käfig auf seinem Balkon und begab sich in sein Büro. Bei seiner Heimkehr fand er zwei Polizisten vor dem Hause, die ihn anstarrten, den Käfig zu entfernen oder zur Polizeiwache zu kommen. Während der Abwesenheit des Direktors hatte der Papagei einen großen Wortschatz vom Stapel gelassen und derartig geschändliche Ausdrücke gebraucht, daß die Nachbarn zur Polizei liefen. Mit Entsetzen vernahm Mr. Walker diese Kunde, indem er sich der Worte seiner Braut erinnerte, daß der Vogel all sein Wissen lediglich ihr verdanke. Das Tier wurde umgehend getötet und das Verlobungsstück gelöst. Die unglückliche junge Dame erklärte Mr. Walker, daß das Tier niemals derartige Worte von ihr gehört habe. Die Angelegenheit wurde nun einem Detektiv übertragen, der feststellte, daß die Haushälterin unterwegs Bekannte getroffen hatte, mit denen sie auf der Straße plauderte. Dabei wurde der Papagei aus dem Käfig gelassen. In ihrer Verzweiflung kaufte sie in einem Tiergeschäft ein anderes Exemplar.

das sie in den Käfig setzte. Wie konnte die Haushälterin ahnen, welche Verwicklungen sich aus diesem Unglückskauf ergeben würden. Das junge Paar befindet sich auf der Hochzeitsreise. „Frankf. Ztg.“ Nr. 670 — 1930.

Erlebnisse aus dem Wahlkampf.

„Flugblätter? Die haben doch gar keinen Zweck, sind eine unnütze Belastung der Parteikasse, die Arbeiter wissen schon, wer ihre Interessen vertritt, welche Partei sie wählen, sie lesen es alle Tage in der Zeitung, sie sparen es alle Freitage an ihrer Lohnkarte.“

So sprach ein sonst recht tätiger Genosse. Er wurde aufgefordert, an der Flugblattverbreitung teilzunehmen. — Treppauf, treppab, 500 Stück muß jeder Genosse unterbringen. Treppauf, treppab für den Sozialismus, für die Menschenrechte der Arbeitenden in Stadt und Land. Jeder Briefkasten wird bedacht, jede Klingel wird gezogen. Viele Türen öffnen sich sofort, manche gar nicht. — Ein alter Rentner öffnet, sein rünzeliges Gesicht ist eine Chronik der Leiden und Entbehrungen seines arbeitsreichen Lebens. „Was haben Sie denn da? Einen Rentenbescheid?“ Sein ganzes Sorgen dreht sich um die schmale Rente, er lebt in ständiger Furcht, daß seine ohnehin kleine Rente gekürzt wird. Auch ein Erfolg bürgerlicher Regierungskunst. „Ja, Vater, wenn Liste 1 steigt, dann ist es ein Rentenbescheid, dann wird deine Rente nicht gekürzt werden.“ — Eine andere Tür. Ein junges, abgehärtetes Weib öffnet, an ihren Kleiderbaum hängen sich drei kleine Kinder, das vierte trägt sie auf dem Arm. „Was, Sozialdemokraten? Sparen Sie sich Ihr Flugblatt, wir wählen Liste 4.“ Krachend schlägt die Tür ins Schloß. — Arme, mit ihren Kindern hungrende Menschen, von den Schlagworten verantwortungsloser Demagogen verheßt, das sind in der Mehrzahl die Wähler der SPD, die diese Unglücklichen durch ihre Bankrottentpolitik noch tiefer ins Elend führt. Sie wissen nicht, daß die SPD, allein in Wahrheit ihre Interessen vertritt. — Türen öffnen sich, Türen schließen sich. Treppauf, treppab. — Ein junger Mensch in der Uniform der Hitlergarde öffnet. „Was? SPD? Da unten steht ein Mätkasten, da können Sie alle Flugblätter loswerden.“ Er bekommt einige treffende Antworten, wird erregt, möchte gerne mit den geistigen Waffen der Hitlerpartei kämpfen, aber wir sind ihm wohl zu groß, zudem fehlt ihm die erdrückende Übermacht seiner Gefinnungsgeossen, denn die ausgebildete Eigenschaft jener Leute ist — Feigheit. So begnügt er sich damit, demonstrierend die Tür zuzuschlagen. Geistige Überlegenheit der arischen Rasse nennt es Hitler. — Ein älterer Mann öffnet. „Gebeugte Gestalt, graues Haar, aber Augen mit jugendlichem Feuer.“ „SPD? Der ist ja, die einzige Partei, die wir Arbeiter wählen können, für mir mal 'ne Handvoll her, die verteilt ich auf die Bänke bei Siemens, da wissen 'ne ganze Menge nicht, was sie wollen, da weicht doch von weiten de Jellen und de Kommunisten.“ — Andere Tür, ein junger Mann, arbeitslos, auf seinem mageren, von Sorgen durchfurchten Gesicht steht's geschrieben. „Eigenlich wollten wir ja gar nicht wählen, aber wenn man sich das richtig überlegt, haben nur die Bürgerlichen den Vorteil davon.“ „Richtig, Genosse, und SPD, mußst du wählen, wenn's besser werden soll.“ „Was weiß ich, wenn wir wählen, dann nur die Partei der Arbeiter, SPD, alles andere ist doch Schwindel.“ — Eine alte gebrechliche Mütter öffnet. „Ich kann nicht wählen, mein Mann und ich sind krank und auch schon zu alt für so einen weiten Weg, wir sind schon ein halbes Jahr nicht mehr auf der Straße gewesen.“ „Aber Mutterchen, wir holen Sie mit dem Auto ab, kostenlos natürlich, und bringen Sie auch wieder wohlbehalten nach Hause, wählen muß jeder.“ „Ja, aber wir wählen nur Sozialdemokraten.“ „Richtig Mutterchen, das steht ja auch im Flugblatt.“ „So? Ich kann nämlich ohne Brille nichts mehr lesen.“ — Schnell wird das Notwendige notiert. „So, Mutterchen, am 14. September holen wir Sie also ab.“ „Ja, aber wir wählen nur SPD.“ „Schon gut, Mutterchen, also auf Wiedersehen am 14.“ — So geht's den ganzen Tag, treppauf, treppab, für den Sozialismus, für ein menschenwürdiges Leben der arbeitenden Menschen.

Der Hut.

In der bayerischen Oberpfalz, Steinsalz genannt — das Wort sagt schon weshalb —, liegt malerisch an dem fließenden Raab das Städtchen Burglengenfeld. Jeden Morgen bei Tagesanbruch, um 4 Uhr, konnte man schon des Postillons lärmiges Gesehül hören, wenn er, ausgerüstet mit seinem wohlklingenden Blechinstrument, in dunkler Uniform auf dem Bock der gelben Postkutsche sitzend, die Postkutschen zur nächsten Bahnstation Donholz zu bringen hatte. Weshalb das kleine Donholz mit seinen paar Häusern einen Bahnhof hatte — das hat die Burglengenfelder mit ihren 4000 Einwohnern nicht? Weil die guten Gemeindeväter die Bahn ablehnten wegen Gefährdung der Feldfrüchte und des Obstes durch den Rauch der Lokomotive.



Die Honoratioren und die „Unstifizierten“ trafen sich an bestimmten Tagen in der Woche in der „Pok“. Das war eine am Markt gelegene Gastwirtschaft mit Brauerei nebst Gelpannhaltung für die Postkutsche. Das Postamt selbst war in diesem Etablissement untergebracht. Den Herrn Posthalter habe ich nicht mehr gekannt, der war zu meiner Zeit schon tot. Aber alle Leute haben ihn nur Gutes nachgesagt. Die Frau Posthalter, eine respektable, energiegelade, aber trotzdem gute Frau, führte seit und jeder das Regiment. Unter dem Stammgäßen war ein Bäckermeister, ein Schenk, der seinen lieben Mitbürgern gern einen Schachernach spielte. In der Regel kam er etwas später als seine Freunde zum Stamm-

isch, denn als Bäckermeister mußte er ja seinen Nachmittagskaffee halten und dann vorbereiten für die Nacharbeit. Wenn er dann im Stammlokal alffestig begrüßt wurde, hatte er oft gar keine Zeit, seinen Hut an den Haken zu hängen. Er legte ihn einfach auf einen Tisch und ließ ihn dann auch liegen. Das tat er um so lieber, weil er wußte, daß die Frau Posthalter sich darüber sehr ärgern konnte. Wiederholt hatte die Frau den Hut an einen Kleiderhaken gehängt und versucht, dem Bäckermeister mit freundlichen Worten seine Untugend abzugewöhnen. Aber die Sache wurde nicht besser, nur noch schlimmer. Der Meister versprach jedesmal Besserung und legte das nächste Mal seinen Hut auf den Tisch. Das wurde der Frau Posthalter einmal zu bunt. Eines Tages nahm sie in ihrem Ärger den Hut und warf ihn auf einen Stuhl. Der Bäckermeister lachte und legte das nächste Mal den Hut wieder auf den Tisch, an dem er selbst mit seinen Freunden saß. Freundlich grüßend trat die Frau Posthalter ein. Aber ihr Antlitz veränderte sich jäh, als sie den Hut des Bäckermeisters auf dem Tisch liegen sah, als müßte das so sein. Die Freunde des Meisters vom Bocktrug waren alle kreuzfidel und lachten aus vollem Halse. Die Frau Posthalter vermutete nicht mit Unrecht, daß man sich bereits vorher schon auf ihre Kosten amüßert hatte, denn die Herren ahnten, was kommen würde. Das verdrub der Frau Posthalter vollends den guten Humor. Mit raschen Schritten trat sie an den Tisch heran, ein Griff, und der Hut flog in die nächste Ecke; zugleich kaufte ein Glas Bier durch die Luft, um in der Mitte des Zimmers auf dem Fußboden zu landen. Fremde Bäckermeister hatte den Hut aber sein halb geleertes Weisfeld gestülpt. Eine Bierpfütze nebst einem haufen Glasplitter war das Ergebnis von Frau Posthalters resoluter Tat. Stürmisches Gelächter durchbraute das Gastzimmer, in das schließlich die Frau Posthalter mit einstimmt. Das war auch das Beste, denn was war gegen die Solidität der lachenden Gäste anderes zu tun. Mit diesem skagikomischen Vorgang hatte die Hatzgeschichte ihren Abschluß gefunden, denn der biedere Bäckermeister hing von nun an seinen Hut in die Reihe der anderen Schweißbelederten. Unter Meister mußte nur zu gut, ein zweites Mal würde die Frau Posthalter nicht aufs Eis gehen.

Die Sowjetpost.

Die Postverhältnisse eines Landes können als Gradmesser für das Kulturniveau gelten. Von der Güte der Post hängt nicht zum geringen Teil die Möglichkeit des kulturellen Aufstiegs des gesamten Volkes ab, bezugnehmend auch das Maß seiner Anteilnahme am politischen Leben.

Wollte man an den Postverhältnissen Sowjetrußlands dessen Kultur messen, so käme man zu äußerst traurigen Ergebnissen. Die „Prawda“ widmet den unmöglichen sowjetrussischen Postzuständen einen langen Artikel. In dem Bezirk Kamtschatka z. B. wurden Hunderte von Zeitungsexemplaren nicht zu den Abonnenten geschafft. Der Sekretär des Bezirkskomitees ist außerstande, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die „Prawda“, zu verfolgen, da er es nicht mehr als zweimal in der Woche erhält. Auf 2200 Dameraböfe kommt nur ein Briefträger. In Larksk — den „kulturellen“ Ausbau dieses Gebiets konnte man vor kurzem im Film bestimmen — spielt der Bahnpostvorsieger des Ortes Jagos gleichzeitig auch den Postbeamten! Die Zeitschriften, Zeitungen und Briefe läßt er einfach unter seinem Tisch liegen. Als neulich ein höherer Eisenbahnbeamter in Erwartung des verspäteten Tages einen Blick unter den Tisch seines Untergebenen warf, entdeckte er hier zu seiner Verwunderung Zeitungen und Briefe, die für ihn bestimmt waren und seit einem Monat bereits dalagen. Jagos zählt aber 4000 Arbeiter. In den zentralen Bergwerken des Bezirks Achinsk kommt auf 13 000 Arbeiter ein Postamt. Ungeachtet der ständigen Bitten der Arbeiter, daß die Post doch dreimal in der Woche kommen sollte, bleibt es bei der zweimaligen Postbeförderung.

Noch schlimmer, sagt die „Prawda“, liegen die Dinge in den Dörfern. Bei 2000 Einwohnern haben solche ländlichen Ortschaften keinen Briefträger. Die Post wird irgendeiner Person mitgegeben, die zufällig das Dorf aufsucht. Solcher Dörfer gibt es aber in Sibirien eineinhalb tausend. Alle Eingaben, 1500 Briefträger anzustellen, werden von der Postverwaltung abschlägig beschieden. Nicht besser steht es im Wolgarebiet aus. Die Kartoffel ist in der Zeitungsexpedition der Mittelwolgabahn in größter Unordnung. Hunderte von Nummern der „Prawda“, der Kommunistischen Jugend-Prawda“ usw. liegen unbesördert herum. Von ähnlichen Zuständen berichtet die „Ishewskaja Prawda“; tausende Exemplare von Zeitungen und Journalen häufen sich an, ohne weiterbesördert zu werden.

In ganz Sowjetrußland gibt es 15 000 Postämter und 20 000 Dorfpostbeamte. Laut Bericht des Volkskommissariats für das Postwesen werden nur drei Viertel der Dorfbewohner bedient. 25 Millionen der Landbevölkerung bleiben vollkommen außerhalb der Tätigkeit der Postämter. Selbst der Fünfjahresplan dürfte daran nichts ändern.

Sonnenschein.

Ihr Kinderhändchen, die noch weif
Ihr wandern müßt durch Lust und Leid,
Ihr Kinderherzen, heiß und voll,
Mit Fieber stark und Wünschen toll,
Ihr Kinderhändchen, wie so viel
Liegt vor euch noch — von Werk und Spiel,
Ihr Kinderseelen, weif und rein —
Der Eltern wärmster Sonnenschein!
A. B. J. Mann.

Humoristische Ecke.

Die Kunst, Männer zu fesseln.
In der Ecke seines leeren Ladens, hinter dicken Follanten und verstaubten Schmökern, schläft, wie gewöhnlich, der Buchhändler. Plötzlich geht die Tür auf. Eine Neunjährige tritt, etwas verlegen, ein. „Ich möchte ...“ „Kostierte sie.“ „Nun, was denn, mein Kind?“ ermuntert sie der Buchhändler. Die Kleine zeigt auf ein Heft, das im Schaufenster liegt. „Ich möchte das Buch dort.“ Die Kunst, Männer zu fesseln ... Der Buchhändler schiebt seine Brille zurecht und sagt wortwörtlich: „Aber das ist doch kein Buch für Kinder!“ „Ich auch nicht für mich“, erwidert schnippisch die Kleine. „mein Papa hat mich geschickt. Papa hat gesagt, er braucht es.“ Der Buchhändler schüttelt den Kopf und meint: „Sag ihm nur, mein Kind, von der Kunst, Männer zu fesseln, versteht er nichts.“ „Was?“ kräht die Kleine, „doch, mein Papa ist Schatzmann!“
Zeitgemäß.
Chef: „Ist der Wechsel der Firma Brückberger eingegangen?“
Buchhalter: „Der Wechsel nicht, aber die Firma.“
Was ein Mädchen ...
Sie: „Unser Hänschen wird dir auch von Tag zu Tag häßlicher!“
Er: „So, Was hat denn der Bengel wieder verbrochen?“